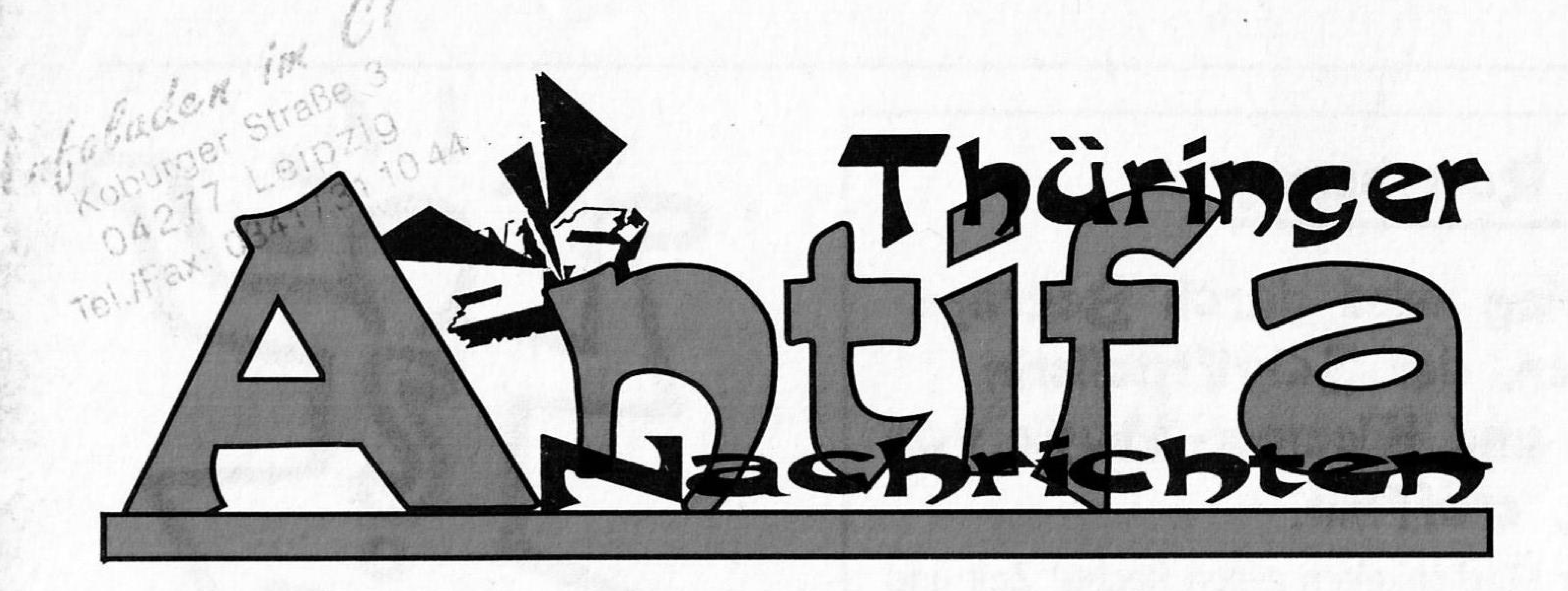


Inhalt

Vierter Ratschlag

Am 4. November 1995 findet im Haus der Gewerkschaften der vierte antirassistische/antifaschistische Ratschlag statt. Der Ratschlag wird getragen von verschiedenen antirassistischen und antifaschistischen Initiativen sowie Einzelpersonen, GewerkschafterInnen, Mitgliedern progressiver Parteien und jungen Antifas.

Ratschlag, weil es das Anliegen der OrganisatorInnen ist, nicht zu belehren, sondern dieses Treffen zu nutzen, um Theorien, Strategien, aber auch Erfahrungen in der antirassistischen, antifaschistischen Arbeit und der Durchsetzung von mehr demokratischen Rechten und Kultur (Lebensweise) auszutauschen.

Antifaschistischer Ratschlag, weil trotz des augenscheinlichen Rückgangs der neofaschistischen Parteien, insbesondere der "Republikaner", faschistische Organisationen unter anderem durch die Scheinaktionen des Staates ungestört in der Gesellschaft wirken können und ihre Inhalte und Forderungen mittlerweile von vielen Konservativen akzeptiert werden. Antifaschistisch, weil der faschistische Terror zwar nicht mehr so viele Schlagzeilen macht, aber nach wie vor auf "Fremde", religiöse und kulturelle Minderheiten sowie Andersdenkende wirkt und Antifaschismus, wie wir ihn begreifen, immer der Kampf gegen Ausgrenzung und Intoleranz ist.

Es ist die humanistische Tradition des Antifaschismus, in die wir uns stellen und um die wir ringen!

Antirassistischer Ratschlag, weil rassistische Orientierungen und Handlungen im Gegensatz zum Neofaschismus und Rechtsextremismus nicht am Rande der Gesellschaft existieren, sondern weite Kreise der Bevölkerung erfassen und in allen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen zunehmen. Die parlamentarische Mehrheit für die Abschaffung des Rechts auf Asyl ist deutlichstes Zeichen und doch nur die Spitze des Eisberges. Während offene Gewalt, Brandstiftungen, Körperverletzungen, Briefbomben, Morde usw. von einer breiten Mehrheit abgelehnt werden, findet der alltägliche und staatliche Rassismus eine große Zustimmung und aktive Beteiligung. Auch das Thüringer Innenministerium war nicht bereit, die Duldung der armenischen Flüchtlinge in Jena zu verlängern, die nun gezwungen sind, in Polen (oder einem anderen Nicht-SchengenStaat) um Asyl nachzusuchen. Gleichzeitig finden Razzien in AsylbewerberInnenwohnheimen statt, die den BewohnerInnen den Stempel der Kriminalität aufdrücken.

Der 8. Mai ist nie vorbei!

In Thüringen hat sich Ministerpräsident Vogel an die Spitze einer geistigen Haltung gesetzt, die eine wesentliche Ursache des Nazifaschismus, den deutschen Nationalismus leugnend, für eine Besinnung auf die sog. deutschen Tugenden plädiert. Der Thüringer Ministerpräsident lehnt es ab, die Urteile der NSMilitärjustiz für nichtig zu erklären und die wenigen noch lebenden Wehrmachtsdeserteure zu rehabilitieren und zu entschädigen.
Am 8. Mai 1945 ist Europa von der Naziherrschaft, aber nicht vom Geist der Ausgrenzung, des Antisemitismus und Nationalismus befreit worden.

JedeR, gleichgültig welcher Über zeugung, die/der bereit ist, die Mei nungen und Ideen anderer zu respektieren und sich gegen Ausgrenzung einsetzen will, ist eingeladen. Ausgeladen ist allerdings, wer die eigene Haltung zur Meßlatte macht und andere antirassistische und antifaschistische Positionen nicht zu tolerieren bereit ist.

Demonstration gegen Rechts!

Der Ratschlag ist Ort, um Erfahrungen auszustauschen, neue Inhalte und MitstreiterInnen kennenzulernen. Er ist aber auch Ort des Protestes gegen Rechts, gegen menschen- und demokratiefeindliche Politik.

Es sprechen: Ludwig Baumann, Prof. Ludwig Elm, Leila S. (Kurdin auf d. Flucht) und VerterterInnen verschiedener Initiativen

18 Uhr ab Haus d. Gewerkschaften, Erfurt. Abschlußkundgebung am Denkmal des unbekannten Wehrmachtsdeserteurs *siehe S. 3*

Ratschlag
4. November 1995
Demonstration gegen Rechts!

1. November
19 Uhr, Johannes Lang Haus
Allerheiligenstrasse, Erfurt
Wer hat Angst vor dem Deserteur?
Politisches Kabarett mit
Martin Buchholz
UK: 15 DM

3. November
18 Uhr, Haus Dacheröden
Am Anger, Erfurt
Deserteure.
Helden oder Feiglinge?
Streitgespräch



4. November
10 Uhr, Haus d. Gewerkschaften, Erfurt
Vierter Ratschlag
mit Workshops, Diskussionsforen, Kultur und Talkrunden gegen Rassismus, Sexismus, Faschismus und Militarismus!
Eröffnung mit
Salomea Genin
und Klezmer-Musik von **Jazzmer**
UK: 5 DM

4. November
18 Uhr, ab Haus d. Gewerkschaften, Erfurt
Demonstration gegen Rechts!
mit Abschlußkundgebung am DenkMal des unbekannten Wehrmachtsdeserteurs

Erföffnung des vierten Ratschlages

Der diesjährige Ratschlag wird durch Beiträge der VeranstalterInnen, der Schriftstellerin Salomea Genin, Berlin, und Klezmer-Musik von Jazzmer, eröffnet.

In den Pausen gibt es am "Markt der Möglichkeiten gegen Rechts" Zeit und Raum, sich Anregungen über Aktionen, Infomaterial usw. zu holen. Musik, Sketche und andere Aktivitäten werden in den Pausen angeboten.



Ratschlag Forum I: 11-15 Uhr; Befreiung - Der 8. Mai ist nie vorbei

AG: Rolle der Wehrmacht im Nazifaschismus; ***"Träger einer unerbittlichen völkischen Idee"***; *Dr. Bernd Boll, Freiburg; Dr. Kurt Ludwig*

AG: ***"Widerstand des kleinen Mannes" Desertion im Nazifaschismus und deren Behandlung nach der Befreiung;*** *Ludwig Baumann, Bundesvereinigung der Opfer der NS MilitärJustiz*

AG: ***Neubeginn Zwischen Aufbruch und Restauration 8. Mai 1945;*** *Dr. E. Schulz, Jenaer Forum*

AG: ***Verhältnis der DDR zum Antifaschismus Antifaschismus nur ein Kampfbegriff?*** *Dr. Kurt Pätzold, Berlin*

AG: ***War die DDR antisemitisch?*** *Susanne Spülbeck, Zentrum für Antisemitismusforschung, TU Berlin; Salomea Genin, Schriftstellerin, Berlin*

AG: ***Geschichte im Wandel Geschichte wird gewendet;*** *Prof. Weißbecker, Jenaer Forum*

AG: ***Rote Kapos Widerstand im KZ;*** *Ernst Jende IVVdN, Thüringen; Heinz Koch, BdA Thüringen*

16 Uhr; Talkrunde I Widerstandskultur oder von der Last DeutscheR zu sein!

Moderation: Heinz Koch, BdA Thüringen
GesprächspartnerInnen: ReferentInnen der Arbeitsgruppen

Ratschlag Forum II: 11-15 Uhr; Antifaschismus aktuell

AG: ***Freistaat Thüringen gegen Neofaschismus?*** *Astrid Rothe; Roland Hanemann MdL; Jürgen Spilling, PDS Erfurt*

AG: ***Grauzone und kulturelle Hegomonie. Zur Rolle des Neofaschismus;*** *Andreas Speit, Hamburg*

AG: ***Europäische Medienkonzentration Folge nazistischer Finanzstrategien nach der Niederschlagung der Nazifaschistischen Regime?*** *Paolo Fusi, Wirtschaftsjornalist, Italien; Jörg Volbeding, Haina*

AG: ***Staatliche Repression gegen AntiFas;*** *Schwarzrote Hilfe, Münster*

AG: ***Innere Sicherheit Polizeigesetze in Ostdeutschland;*** *Infoladen Tierra y Libertad, Plauen*

AG: ***Sekten in Thüringen;*** *Ingo Weidenkaff, Eisenach*

AG: ***"Die Lüge Europa". Der späte Sieg der Deutschen;*** *Heleno Sana, Buchautor, Darmstadt*

16 Uhr; Talkrunde II AntiFa, aber wofür?

Moderation: Astrid Rothe
GesprächspartnerInnen: ReferentInnen der Arbeitsgruppen

Ratschlag Forum III 11-15 Uhr; Antirassismus

AG: ***Rassismus und Sexismus zwei Seiten der gleichen Medaille oder unterschiedliche Währungen?*** *Tanja Berg, Studentin, FUBerlin*

AG: ***Antirassismus Theaterworkshop Theater der Befreiung.*** *Jutta Weduwen, Berlin"*

AG: ***Antirassismus Workshop.*** *Aktion Miteinander, Erfurt*

AG: ***Bildungsarbeit gegen Rechts!*** *NN (Der Referent kann aus Sicherheitsgründen nicht genannt werden)"*

AG: ***Leben als AsylbewerberIn in Deutschland/Thüringen;*** *Ralf Päsler, Bündnis 90 / die Grünen; Eisenach"*

AG: ***Widerstand von ImmigrantInnen;*** *Roland Wanitschka, Eisenach*

16 Uhr; Talkrunde III Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein

Moderation: Julika Bürgin, DGBbwt Thüringen"
GesprächspartnerInnen: ReferentInnen der Arbeitsgruppen



Demo Aufruf 4.11.

Vor 57 Jahren brannten die Synagogen, wurden jüdische BürgerInnen gejagt, gequält, verschleppt und ermordet, ihre Häuser zerstört. NachbarInnen schauten zu und schwiegen. Die Erinnerung an die Verbrechen des Naziregimes ist für uns Verpflichtung, jede Form von Diskriminierung und Rassenhetze zu bekämpfen.

Heute brennen Flüchtlingsunterkünfte, werden AusländerInnen gejagt, verletzt und ermordet. Menschen sind zu Mördern geworden, weil verantwortungslose RepräsentantInnen von Staat und Parteien sowie vieler Medien den AusländerInnen nicht nur die Verantwortung für Arbeitslosigkeit, soziale Not und Kriminalität zuschreiben, sondern öffentlich demonstrieren, daß WIR SIE durch Abschiebehaft, 'Rückführung', Diskriminierungen im Arbeitsleben, auf dem Wohnungsmarkt und im Bildungswesen erniedrigen dürfen. NachbarInnen schauen zu und schweigen, viele billigen offen die Hatz auf Menschen, die bei uns Zuflucht suchen vor Verfolgung, Krieg und Hunger.
Das größer gewordene Deutschland will in der Weltpolitik mitmischen. Am 1.9.1995, 56 Jahren nach dem Überfall der Naziarmee auf Polen, griffen deutsche Tornados in den Bürgerkrieg in Ex-Jugoslawien ein.

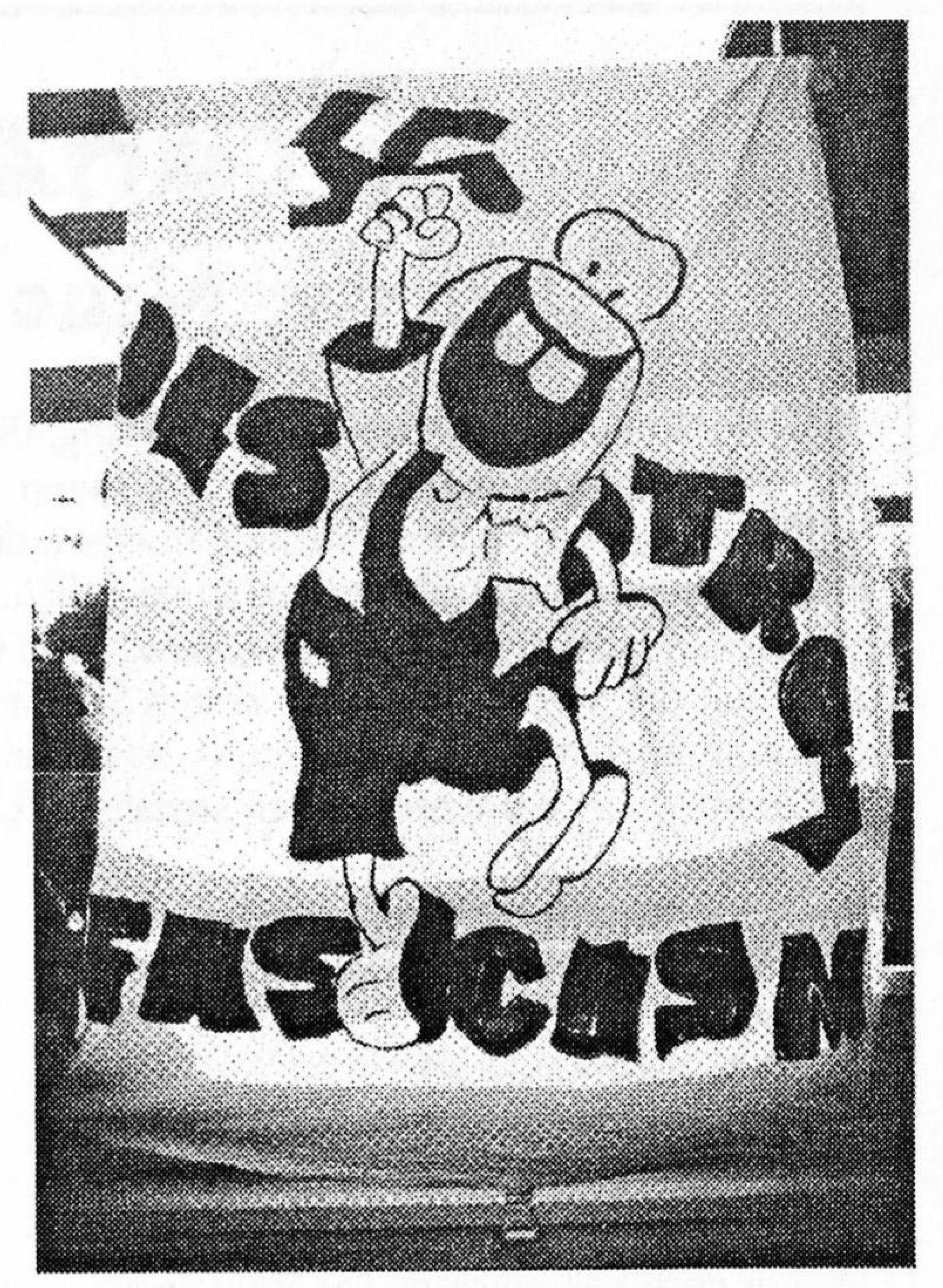
Füllten noch bis 1993 neofaschistische Anschläge die Schlagzeilen, so sind heute rechte Aktionen, Gewaltakte und Morde nur noch eine kleine Meldung wert.
Der Schock, die Empörung, die Aufregung über den Schaden, den Deutschlands Ansehen erlitten hat, ist der "Normalität" des alltäglichen Rassismus und Neofaschismus gewichen.

Während Toleranz und Meinungsvielfalt zur Staatsdoktrin erhoben werden, wird die Ausgrenzung nach innen perfektioniert. Großplakatierungen schüren den Haß gegen Bevölkerungsgruppen, die ohnehin am Rande der Gesellschaft stehen; die KurdInnen - eine verfolgte Volksgruppe - werden als Terroristen stigmatisiert; das Verbrechensbekämpfungsgesetz entzieht den häufig verdächtigten und vorverurteilten AusländerInnen weitere demokratische Rechte.

Deshalb fordern wir:

- ☐ *Keine Toleranz gegenüber rassistischem Gedankengut oder rechtsextremistischen Aktivitäten und Organisationen.*
- ☐ *Statt zielloser Kriminalisierung von rechten Jugendlichen, Ausschöpfung des bestehenden rechtlichen Rahmens zur Bekämpfung des organisierten Neofaschismus und Durchsetzung des Verbotes und der vollständigen Auflösung rechtsextremistischer Organisationen,*
- ☐ *Schutz möglicher Opfer rassistischer und neofaschistischer Gewalt,*
- ☐ *Demokratische Kontrolle und Entkasernierung der Polizei,*
- ☐ *Statt der Finanzierung rechter Jugendclubs durch öffentliche Gelder müssen Antifaschismus und Antirassismus fester Bestandteil von Jugendarbeit, schulischer und außerschulischer Bildung werden.*

Weltweit sind Millionen Menschen auf der Flucht vor Verfolgung, Krieg und Hunger. Nur wenige von ihnen kommen zu uns.



Die faktische Abschaffung des Asylrechtes hat nicht das Flüchtlingsproblem gelöst, sondern die Ausländer- und Flüchtlingsfeinde in ihren Positionen und Aktionen gestärkt.

Deshalb fordern wir:

- ☐ *Die Beseitigung der Ursachen von Flucht und Wanderung*
- ☐ *Wiederherstellung des Grundrechtes auf Asyl*
- ☐ *Anerkennung der Tatsache, daß Deutschland ein Zuwanderungsland ist, Bleiberecht und demokratische Rechte für alle in der Bundesrepublik befindlichen Flüchtlinge und VertragsarbeitnehmerInnen und Auflösung der Sammellager.*

Die Bundesrepublik ist ein reiches Land. Teure Rüstungsprojekte und 1,5 Billionen DM der Konzerne auf deutschen Banken stehen im Gegensatz zum Sozialabbau.

Deshalb fordern wir:

- ☐ *Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen durch eine Wirtschafts- und Strukturpolitik, die nicht den Profit in den Mittelpunkt stellt,*
- ☐ *Finanzierung von sozialem Wohnungsbau, Sozialvorsorge und Umweltschutz,*
- ☐ *eine Weltwirtschaft, die es den Menschen überall erlaubt, in sozialer und rechtlicher Sicherheit zu leben.*

Die Verbrechen des NS-Faschismus und seiner AnhängerInnen gehören zu unserer Geschichte und Gegenwart. Widerstand und Zivilcourage sind Auftrag für uns.

Deshalb fordern wir:

- ☐ *Erhalt, Erweiterung und Schutz aller der Erinnerung an die Verbrechen und an den antifaschistischen Widerstand gewidmeten Stätten und Denkmäler.*
- ☐ *Wahrhaftigkeit in der Aufarbeitung der Geschichte, die den Opfern des NS-Regimes sowie dem Widerstand gedenkt. Alte Säuberungen des Geschichtsbildes dürfen nicht durch neue Säuberungen ersetzt werden.*
- ☐ *Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure und kritische Auseinandersetzung mit den unzähligen Kriegsdenkmälern, Traditions- und Vertriebenenverbänden.*

Wir rufen alle BürgerInnen auf, sich mit uns gegen Rassismus, Intoleranz, Nationalismus und Militarismus zu stellen.
JedeR kann dazu etwas beitragen!

Deshalb rufen wir auf,

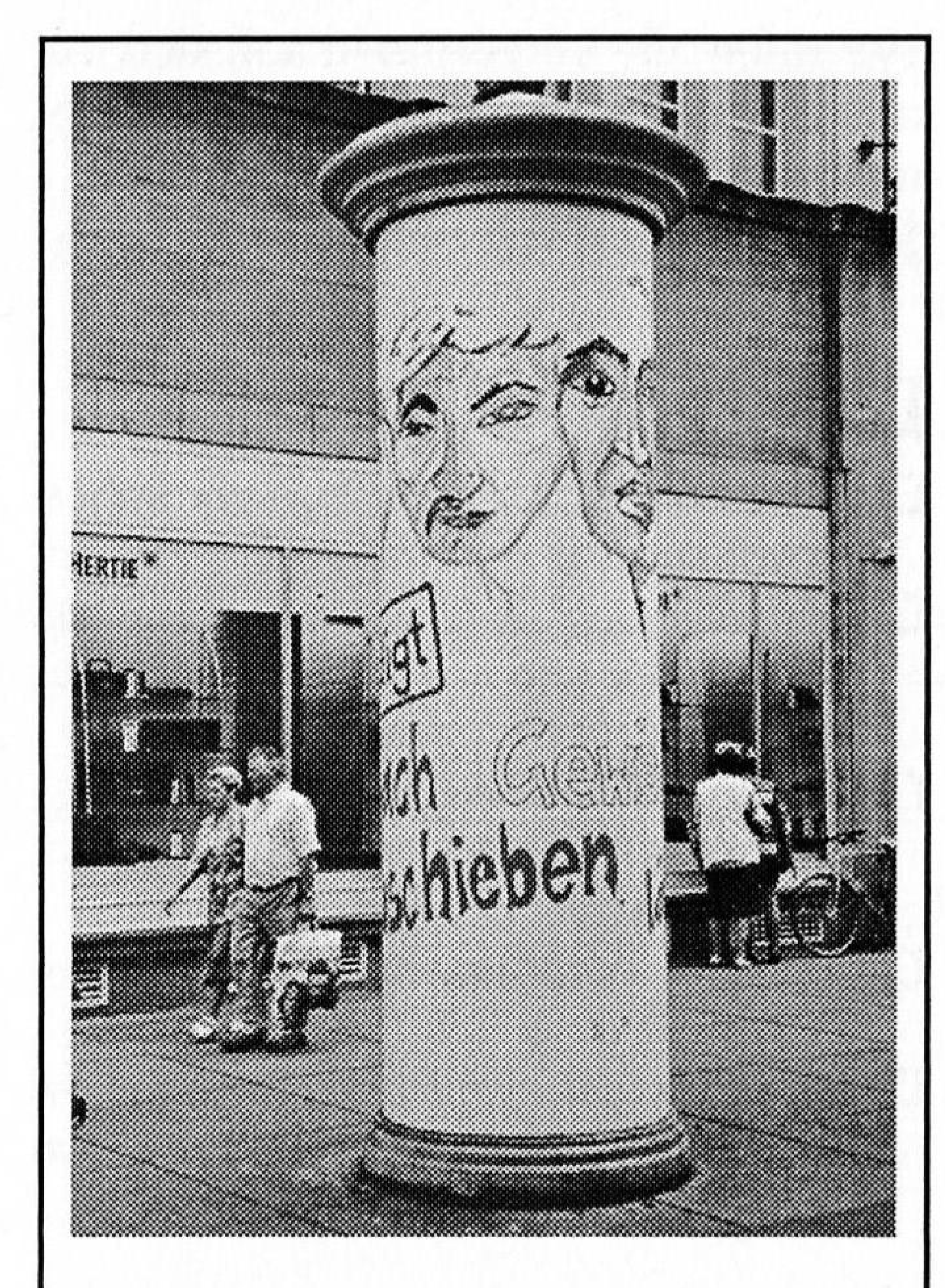
- ☐ *Schützen Sie die Flüchtlinge vor Behördenwillkür und Ausweisung!*
- ☐ *Setzen Sie sich ein für die Aufnahme von Deserteuren und Kriegsflüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien!*
- ☐ *Nutzen Sie Ihre Möglichkeiten, um gegen rassistische und rechtsextreme Politik und Gewalt vorzugehen!*
- ☐ *Lassen Sie nicht zu, daß das Grundgesetz weiter ausgehöhlt wird!*
- ☐ *Tun Sie das menschlichste: Widersetzen Sie sich der täglichen Ausgrenzung von Menschen.*

Greif ein gegen Rassismus, Militarismus und Neofaschismus!

Erledigt der Fall!?

Vietnamesen auf der Abschußliste

Das vereinte Deutschland konnte gerade noch rechtzeitig vor seinem 5. Geburtstag einen weiteren Erfolg verbuchen. Die Rechtsaußen-Leute könnten neidisch werden. Nachdem bereits zum 1. November 1992 ein Abkommen mit Rumänien zur Abschiebung von Roma in Kraft getreten war und mit der de facto Abschaffung des Asylrechts 1994 eine weitere Unmenschlichkeit verfassungsrechtlich und mehrheitswillig durchgesetzt wurde, kann sich die BRD ab dem 21. September 1995 einer weiteren "Problematik" entledigen, der VietnamesInnen. Deutschland soll doch ein sauberes Land werden, aber ohne die - wie nennt man/frau sie doch gleich im sog. Volksmund - ach ja, Fidschis.



"Gewissen läßt sich nicht einfach abschieben."

Diese Plakatwand entstand auf dem Erfurter Anger zum Tag des Flüchtlings am 29. September. Mit dem Appell "Nicht den Haß gegen Schwache schüren!" wandten sich das DGB-Bildungswerk, die GdED-Jugend und die Gewerkschaft hbv in einem symbolischen Verkauf steuerfreier Zigaretten an die Passanten. Die Ausländerbeauftragten Thüringens und der Erfurter Ausländerbeirat kritisierten die Aktion vorab als kontraproduktiv. Offen bleibt, welche "produktiven" Maßnahmen vorgeschlagen werden, um zu verhindern, daß die VietnamesInnen kriminalisiert und im Zuge des Rückführungsabkommens abgeschoben werden.

Ein bißchen haben sie schon gestört die andersaussehenden "HändlerInnen". Der Staat hat nicht einmal Kosten gescheut, um das Feindbild "illegale Zigarettenverkäufer" mittels Werbekampagne zu kultivieren. Und manche Zeitungen sprechen wider besseren Wissens zur Unterstützung dieser Volksverhetzung von 40.000 illegal in der BRD lebenden vietnamesischen Menschen.
Nun also weg mit ihnen; natürlich "in geordneter Weise", wie es im deutsch-vietnamesischen Vertrag heißt. Geordnet bedeutet, daß die "Rückführung ... nicht von der Zustimmung dieser Personen ab(hängt), so daß auch diejenigen Personen, deren Rückführung nicht ihrem Willen entspricht, zurückzunehmen sind."

"Bis zum Ende des Jahres 2000" sollen die "bereits ausreisepflichtigen Vietnamesen ..... zurückgeführt" werden.

Menschliche Schicksale werden mittels "Jahresquoten" bestimmt. Da im Zweifelsfall nicht jeder Mensch ein Vietnamese ist, können zur besseren Auslese "Zeugenaussagen, eigene Angaben der Betroffenen " als Kriterien der Einstufung "berücksichtigt werden".
Sprache verrät die geistige Haltung.

Wo bleibt der Aufschrei, die Überlegung zur Hilfe dieser Menschen?

Asor

Franz Alt

und das Neue Deutschland

Daß eine sozialistische Tageszeitung, die, wie auch immer, eng an die demokratische sozialistische Partei gebunden ist, dem selben Pluralismus anhängt wie diese, ist leicht vorstellbar. Aber wo die Grenzen dieses Pluralismus sind, sofern es überhaupt welche gibt, ist nicht ersichtlich. Ich war doch ziemlich erstaunt, als ich die Wochenendausgabe des Neuen Deutschland vom 12./13. August in die Hand nahm und mich auf der werbewirksamen ersten Seite ein Herr namens Franz Alt angrinst. Nicht, daß man/frau sich mit ihm politisch auseinandersetzt, nein, er darf seine Vorstellungen unkommentiert vor einer breiten sozialistischen Leserschar ausbreiten.

Vor kurzem konnte ich mir seine Wertvorstellungen auf einem Parteitag der ÖDP zu Gemüte führen.

Wahrscheinlich steht er als neuer Macher für eine übergreifende große Koalition von rechtsaußen bis ins sozialistische Lager.
Daß er dem Kapitalismus das Wort redet, ist normal, selbstverständlich muß er ökologisch gesunden, und dazu werden Massenarbeitslosigkeit und Umweltkatastrophen ("die doppelte Krise") als Chance angesehen. Mit berechtigten Ängsten der Menschen werden hier "Utopien" hoffähig gemacht, die nicht auf eine Überwindung des profitorientierten und damit menschen- und umweltvernichtenden Kapitalismus ausgerichtet sind, sondern im Gegenteil auf einen ökologischen Kapitalismus mit ökoimperialistischer politischer Ausgestaltung abzielen.

Er beruft sich dabei positiv auf Helmut Kohl und fordert mit ihm "die Gründung eines Weltumweltrates analog dem Weltsicherheitsrat". Was wir schon vom Weltsicherheitsrat in der Neuen Weltordnung zu halten haben, ist bei dem Zustand der weltweiten Gesellschaftsstrukturen und ihren Auswirkungen augenscheinlich. Natürlich gehören nur die zivilisierten Staaten des Nordens da hinein, und die müssen den Werdegang der Menschheit bestimmen.
Was in der kurzen Vorstellung des Autors am Ende der ND Kolumne nicht rauskommt, ist die weitergehende politische Einordnung dieses selbsternannten Retters der Menschheit ("Der Publizist Franz Alt (57) moderiert in der ARD die Zukunftsreihe 'Zeitsprung'...").
Er steht zum Beispiel auf Seiten der rechten frauenfeindlichen Abtreibungsgegner und verharmlost die Vernichtung von Menschen im Nazi-Faschismus und kriminalisiert Frauen, die sich für eine selbstbestimmte Schwangerschaft entscheiden. "Nach 1933 wurde 'lebensunwertes Leben' beseitigt, heute störendes Leben (...). 40 Millionen Abtreibungen pro Jahr."
Er bezieht sich in seinen Erkenntnissen über Embryonen u.a. auf Erich Blechschmidt (Ex-SA und NSDAP-Mitglied), dem Medizinprofessor, der 1942 Chef der Anatomie der Universitätsklinik Göttingen, einem NS-Zentrum für medizinische und eugenische Experimente an Frauen, wurde."
Seine geistigen Sündenfälle sind zu weitreichend, um hier näher beleuchtet zu werden."
Einen Franz Alt im Neuen Deutschland zu Wort kommen zu lassen, kann nur bedeuten, daß die sozialistische Tageszeitung den mentalen Mainstream nicht verpassen will. Oder sollte ich mich irren und es war nur ein Ausrutscher aus Unwissenheit?
Was die Person Franz Alt betrifft, so kann ich nur die ÖkoLinx 19/20 1995, aus der auch obengenanntes Zitat stammt, oder das Buch "Feuer in die Herzen" von Jutta Ditfurth empfehlen.

Asor

Opfer-Täter Tausch

Der erste Teil des vorliegenden Textes, in dem es um die Bundeswehr geht, entstand in Vorbereitung auf ein Seminar in Buchenwald. Der andere Teil gibt einen kleinen Einblick über das, was in Buchenwald betrieben wird. Während des ganzen Seminars stand uns ein Mitarbeiter der Gedenkstätte zur Verfügung, mit dem wir uns auseinandersetzten konnten. Am 09.04.95 reisten wir (eine Gruppe aus Aachen) mit dem Bus nach Weimar/Buchenwald. Nachdem ich den Linienbus verließ, mit dem ich von Weimar nach Buchenwald gefahren war, kam mir auf dem Carachoweg ein VW-Transporter der Bundeswehr entgegen. Ich traute meinen Augen nicht. Die Nachfolgeorganisation der Reichswehr "half" bei der Gedenkveranstaltung zum fünfzigsten Jahrestag der Selbstbefreiung der Gefangenen des KZ-Buchenwald. Der Selbstbefreiung von der Barbarei des deutschen Volkes, von der Barbarei, die von der Reichswehr aktiv unterstützt und sogar mitbetrieben wurde.



Ausgerechnet deren Nachfolgeorganisation ist auf dem Gelände des KZ-Buchenwald vertreten. Dies ist ein Schlag ins Gesicht für alle die, die durch den Naziterror verfolgt und ermordet wurden. Dies ist nur ein Beispiel dafür, wie ignorant die Bundesregierung und das Land Thüringen mit Verfolgten und Opfern umgehen.

Wie komme ich dazu, die Bundeswehr als Nachfolgeorganisation der Reichswehr zu bezeichnen?

Ich möchte Ihnen eine Frage stellen: "Wie würden sie eine Armee bezeichnen, die von Kriegsverbrechern aufgebaut, ausgebildet und geführt wurde? Also eine Armee, die in der Tradition einer Verbrecherorganisation steht?"

Allein 1965 waren über die Hälfte der damaligen 189 Generale und Admirale ehemalige Generalstabsoffiziere der Hitlerwehrmacht. Die restlichen waren ebenfalls Offiziere in der Reichswehr.

Sechs von ihnen wurden wegen ihrer Kriegsverbrechen verurteilt, z.B. Hellmuth Mäder, der zu 25 Jahren verurteilt wurde. Nachdem er vorzeitig den Bundesbehörden übergeben wurde, stellte man ihn in den Dienst der Bundeswehr. Er wurde Leiter des Truppenamtes des Heeres (im Range eines Generalmajors). Der Kriegsverbrecher Heinz Trettner stand 1965 nach den Kriegsverbrechern Heusinger und Förtsch ebenfalls an der Spitze der BW. Er plante und organisierte die Einsätze der Fallschirmjäger, nachdem er sich mit der Zerstörung Rotterdams einen "Namen" gemacht und mit dem Ritterkreuz ausgezeichnet wurde. Ein Beispiel für die Einsätze der Fallschirmjäger Trettners sind die Morde in der Nähe von Florenz. In der Stadt Fiesole wurden etliche Bewohner ermordet und ungefähr 500 Personen zu Schanzarbeiten deportiert.

Nachdem das Oberkommando der Heeresgruppe Italien die Kapitulation anbot (01.05.45), ließ Trettner noch vier Tage lang deutsche Soldaten weiterkämpfen.

Heinrich Gerlach, der z.B. von Juni 1941 bis Dezember 1943 als 1. Admiralstabsoffizier in der Operationsabteilung der Seekriegsleitung arbeitete, schrieb 1951 in seiner Denkschrift "Über die ethischen Grundlagen einer neuen Wehrmacht" folgendes: "Alle Gewalt geht vom Volke aus - das bedeutet in der Praxis nicht etwa, daß die einzelnen Bürger in den öffentlichen Dingen einen unmittelbaren Einfluß ausüben. Die Masse der kleinen Leute ist überhaupt nicht fähig, sich ein eigenes Urteil zu bilden und selbständig zu handeln. Sie will regiert werden.

Wie aber soll nun dieses neue Deutschland aussehen, für das es sich lohnt zu leben und zu sterben? Selbstverständlich muß und soll das neue Gebäude auf den Fundamenten der Vergangenheit errichtet werden; ein Grundsatz, der nirgends so sehr zu betonen ist, wie gerade beim Neuaufbau einer Wehrmacht ..."

Dieser Mann war bis 1965 Befehlshaber der Bonner Flotte, Vizeadmiral.

"Also wie würden sie solch eine Armee bezeichnen?"

Am 16.06.95 reisten wir ein zweites Mal nach Buchenwald.

Mein Eindruck von der Ausstellung über das KZ-Buchenwald:

Die Ausstellung ist so konzipiert, daß es einiger Stunden bedarf, um sich einen Eindruck von ihr zu machen. Große Wände, die die kleinen Vitrinen beherbergen, kleine Bilder und kleingedruckte Texte erlauben es nur jeweils einer Person, die Inhalte der Vitrine wahrzunehmen, da sie sich direkt vor der Vitrine postieren muß, um die Texte lesen zu können. Dadurch wiederum blockiert sie für andere die Texte. Eine Masse an ausgestellten Dingen erschlägt einen geradezu mit unkommentierten Fakten. Nur ein Beispiel: Punkt 4.4 - die Fleckfieberversuche der IG-Farben.

Hier kann man zwei Briefe betrachten, einen Brief der Behringwerke (IG-Farben) an einen SS-Hauptsturmführer d.R. Dr. Howen, in dem es um Impfstoffe und Seren geht. Man kann in keinster Weise erkennen, daß die IG-Farben die Fleckfieberversuche gefordert hat. Was man aus den Informationen dieser Vitrine schlußfolgern kann, ist die Tatsache, daß die IG-Farben den Impfstoff geliefert hat.

Die Gedenkstättenleitung läßt in der Masse der Ausstellungstükke ganz wesentliche Punkte untergehen, z.B. die Selbstbefreiung oder den organisierten Widerstand zum Wohle Tausender Menschen, die dadurch vor dem sicheren Tod bewahrt werden konnten.

Stellungnahme zu dem Schreiben vom 24.05.1995 des Herrn Knigge (Stiftungsdirektor):

Herr Knigge schreibt, daß kein Hinweis auf die Firma J.A. Topf & Söhne im ehemaligen Krematorium entfernt worden sei. Fakt ist, daß kein Emblem der Maschinenfabrik J.A. Topf & Söhne aus Erfurt mehr vorhanden ist.(18.06.1995) Vorhanden ist noch der Name Topf in den gegossenen Türen der Öfen, die hätte man abschleifen müssen, um sie zu entfernen, was nicht unbemerkt bleiben würde, und diese Manipulation wäre leicht nachzuweisen.

Der Name Topf, auf den Türen der Öfen, läßt für einen nicht vorinformierten Besucher keine Möglichkeit, diesen mit der Firma J.A.Topf & Söhne aus Erfurt zu verbinden.

Opfer-Täter-Tausch I:

Im sogenannten Speziallager 2 wurden Nazis interniert. "... eine kleine Gruppe von Hauptschuldigen an den NS-Verbrechen, eine größere Anzahl ehemaliger kleiner und mittlerer Funktionsträger der NSDAP, des nationalsozialistischen Staates und der Wirtschaft, eine Gruppe von Mitgliedern der Hitlerjugend oder Hitlerjugendführer, Angehörige der Waffen-SS und Offiziere der Wehrmacht und eine Vielzahl von Personen, die infolge von Denunziationen, Verwechslungen und willkürlichen Maßnahmen in das Lager gekommen waren."

Wenn man diesen Auszug aus "Speziallager 2 1945-1950" betrachtet, dann fragt man sich zu Recht, warum man diesen Mördern ein Denkmal setzen will, denn die Ausstellung und das Gräberfeld haben diesen Charakter.

Es wird versucht, anhand von zu Unrecht Inhaftierter, die Masse der Mörder rein-

zuwaschen. Das Wort Denunziation für sich ist eigentlich wertfrei; in dem hier verwendeten Zusammenhang werden Denunzierte aber als Opfer dargestellt.
Wenn ein Nazi denunziert wird, ist er dadurch nicht gleich unschuldig. Außerdem wird in dem Zitat von einer "Vielzahl" von Unschuldigen gesprochen, die in keinster Weise zu belegen sind.

Unter dem Punkt Lebensbedingungen wird erwähnt, daß im Zuge einer Lebensmittelkürzung im Winter 1946/47 ein Massensterben einsetzte. Es wird aber mit keinem Wort erwähnt, daß nach dem Krieg viele Menschen an Unterernährung starben und dies kein Spezifikum des Internierungslager 2 war. Außerdem stellt sich doch die Frage, warum es Verbrechern an der Menschheit besser gehen sollte, als dem "normalen Bürger"? Eine Verhöhnung der KZ-Häftlinge ist folgendes Zitat aus Lebensbedingungen (2):
"Wegen der vollständigen Isolierung von der Außenwelt, der Nichtbeschäftigung und Perspektivlosigkeit gehörten Depressionen zu den häufigen psychischen Krankheiten, die den körperlichen Zusammenbruch beschleunigten."
Dies hört sich an , als ob die Zwangsarbeit der KZ-Häftlinge eine lebensverlängernde Wirkung für sie gehabt hätte. Perverser kann man wohl kaum sein.

Ein weiteres Merkmal für den Versuch der Bundesregierung und des Landes Thüringen, die Täter mit den Opfern auf eine Stufe zu stellen, ist die Tatsache, daß sich die vorläufige Ausstellung zum Internierungslager 2 in der ehemaligen Häftlingskantine befindet. Außerdem wird für die zukünftige Ausstellung zu oben erwähntem Lager ein neues Gebäude auf dem KZ-Gelände errichtet werden. Die Grundsteinlegung hat am 07.06.1995 stattgefunden.

Opfer-Täter-Tausch 2:

Es wird versucht, die Widerständler mit den Nazis auf eine Stufe zu stellen oder wenigstens in ihre Nähe zu rücken, um die Täter in einem besseren Licht erscheinen zu lassen und die illegale Widerstandsorganisation zu diskreditieren. Liest man das neue Buch von Niethammer, der Kuratoriumsmitglied der Gedenkstätte ist, so fällt es auf, daß Zeugen nicht genau benannt, sondern nur vage Angaben gemacht werden. Außerdem nimmt Niethammer Rücksicht auf einen Kommunisten, der sich selbst des mehrfachen Mordes bezichtigt (abgespritzt), da dieser zur Zeit der Drucklegung noch lebte, mittlerweile aber seit Februar diesen Jahres tot ist. Warum plötzlich diese Rücksichtnahme auf einen Kommunisten, da man doch sonst jeden erreichbaren angeblichen Mörder nach 1989 anklagte; ein Beispiel dafür ist Karl Bögelein. Dies ist doch sehr anrüchig, zumal sich jetzt dieser Mann zu dem vorliegenden "Dokument" nicht mehr äußern kann.

Was geschah mit den Tätern nach 1945?

Die Täter wurden, wenn sie überhaupt verurteilt wurden, nach wenigen Jahren freigelassenen. Zwei Beispiele für die Buchenwaldmörder sind Wolfgang Otto, SS-Stabsscharführer, Mitglied des Mordkommandos 99, und Albert Schwartz, SS-Hauptsturmführer, seit 1942 verantwortlich für die Arbeitseinsätze im KZ-Buchenwald.
Otto wurde 1947 zu 20 Jahren verurteilt und schon 1952 entlassen. Schwartz wurde 1947 zum Tode verurteilt, 1948 zu lebenslanger Haft begnadigt und in den fünfziger Jahren freigelassen.
Wirtschaftsfunktionäre wurden ebenso nach einigen Jahren entlassen, da sie für die Wirtschaft angeblich unentbehrlich gewesen seien. So lassen sich etliche Wirtschaftsführer der Nazizeit anführen, die auch in der Bundesrepublik maßgeblich die Geschicke des neuen Staates lenkten.
Von der Seite der personellen Kontinuität betrachtet kann man sagen, daß die Bundesrepublik die Fortführung des faschistischen Staates mit einem demokratischen Anstrich ist. Denn selbst in der Politik machten sich die ehemaligen Nazifunktionäre mit Wissen und Mithilfe der Adenauerregierung breit. Es sei hier ein Beispiel aus Aachen genannt: Hans Maria Globke. Dr. Globke war Mitautor der Rassegesetze, auf denen die Vernichtung der Juden und anderer Volksgruppen basierte."
1946 war dieser Kämmerer in Aachen und Vorsitzender in der Spruchkammer, der Kammer, die mit der Anerkennung rassischer und politischer Verfolgung beschäftigt war. Dort saß er mit Menschen zusammen , die er noch einige Jahre zuvor verfolgt hat, denn Globke ließ als stellvertretender Polizeipräsident in Aachen Listen erstellen, nach denen 1933 politische Gegner verhaftet wurden.
Unter ihnen unser Mitglied Anton Gallwe, ein Kommunist aus Aachen, der aufgrund dieser Listen im Februar 1933 verhaftet wurde. Er verbrachte 12 Jahre seines Lebens in Gefangenschaft der Nazis, zuerst in Zuchthäusern, ab 1938 im KZ-Buchenwald.

Dieser Mann saß 1946 neben seinem Verfolger und Peiniger Hans-Maria Globke, als Beisitzer in der Spruchkammer und mußte mit ansehen, wie sich die Mörder gegenseitig Persilscheine über ihre Nazivergangenheit ausstellten. Globke wurde wenige Jahre später durch Konrad Adenauer ins Bundeskanzleramt berufen, indem er ihn zum Staatssekretär ernannte.

Abschließend kann man sagen, daß die Nazis nach 1945 wieder in Schlüsselpositionen in Politik und Wirtschaft (BRD) kamen und dort sogleich damit begannen, die neue Demokratie zu sabotieren.

J.B. (VVN/BdA - Aachen)

Die schlesischen Weber

Im düsters Auge keine Träne, sie sitzen am Webstuhl und fletschen die Zähne;
Deutschland, wir weben dein Leichentuch,
wir weben hinein den dreifachen Fluch -
Wir weben, wir weben!
Ein Fluch dem Gotte, zu dem wir gebeten,
in Winterskälte und Hungersnöten.
Wir haben vergebens gehofft und geharrt,
er hat uns geäfft und gefoppt und genarrt -
Wir weben, wir weben!

Ein Fluch dem König, dem König der Reichen,
den unser Elend nicht konnte erweichen.
Der den letzten Groschen von uns erpreßt,
und uns wie Hunde erschießen läßt -
Wir weben, wir weben!

Ein Fluch dem falschen Vaterland,
wo nur gedeihen Schmach und Schande.
Wo jede Blume früh geknickt,
wo Fäulnis und Moder den Wurm erquickt -
Wir weben, wir weben!

Das Schiffchen fliegt, der Webstuhl kracht;
wir weben emsig Tag und Nacht -
Altdeutschland, wir weben dein Leichentuch,
wir weben hinein den dreifachen Fluch,
Wir weben, wir weben!

Heinrich Heine

Deutschland
feierte Geburtstag

Am 3. Oktober 1995 hat das wieder vereinigte Deutschland Geburtstag, den Fünften. Über den geistigen und damit verbundenen realen Zustand dieses Landes in der Mitte Europas wurde an dieser Stelle schon öfters und ausführlich berichtet. Aber bereits in der Euphorie des Einheitstaumels gab es kritische Stimmen, die leider nur zu oft ungehört blieben. Alle ab 1990 stattgefundenen Wahlen haben dies bewiesen. Aber diese kritischen Stimmen zeigen, daß zu allen Zeiten Widerstand möglich ist. Wie E. Mühsam richtig meinte:

"Sich fügen, heißt lügen"

Wir dokumentieren folgend die Erklärung eines Abgeordneten in einer ostdeutschen Provinzstadt, noch DDR - schon BRD vom 3. 10. 1990:

Die Stadtverordnetenversammlung ist heute zusammengekommen, um den Tag der deutschen Einheit feierlich zu begehen. Nur gibt es aus meiner Sicht nichts zu feiern.
Die Vereinigung entpuppt sich beim näheren Hinsehen als Anschluß der DDR an die BRD, als Anschluß bzw. Übernahme von 16 Mio. Menschen in die Machtstrukturen der bundesdeutschen Gesellschaft.

Wir sind im Herbst des letzten Jahres auf die Straße gegangen, um eine menschlichere, gerechtere demokratische Gesellschaft aufzubauen. Doch die Diktatur der politischen Anschauung ist der Vorherrschaft des Geldes gewichen. Die menschlichen Beziehungen werden über die bare Zahlung geregelt.

Welch Fortschritt!
Die Situation in der Welt ist katastrophal. Solche Probleme wie weltweite Umweltzerstörung oder Verelendung der Mehrheit der Menschheit konnten und können weder durch das "stalinistische" noch durch das kapitalistische System gelöst werden."
Im Gegenteil!
Ein Großteil des Reichtums der hochindustrialisierten Länder resultiert aus der Ausbeutung der "Dritten Welt" und der Zerstörung unserer natürlichen Umwelt.
Täglich sterben 40.000 Kinder auf Grund der ungerechten Weltwirtschaftsstrukturen.

Nun gehören wir also auch dazu!

Viele sogenannte Verbesserungen, zum Beispiel im Umwelt- oder im sozialen Bereich, werden auf Kosten der Ärmsten erreicht.

Hauptsache uns geht es gut! Scheinbar!

Denn solche Probleme wie Arbeitslosigkeit, Wohnungsnotstand, soziale Unsicherheit, Intoleranz gegenüber Andersdenkenden, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus, Armut im Alter, Benachteiligung von sozial Schwachen, Neofaschismus, Drogensucht, Kriminalität und offene Gewalt existieren weiter und kommen ungeschminkt im Ostteil zum Tragen.

Sollen wir uns nun freuen, daß wir zu einem Land gehören, das sich als Nachfolgestaat des sog. Dritten Reiches versteht, in dem Ende der sechziger Jahre ein Altnazi namens Kiesinger Regierungschef war, in dem sich der gegenwärtige Kanzler auf die Gnade der späten Geburt beruft und sich somit der nie bewältigten Vergangenheit entledigt?

Wird es nun doch ein deutsches Europa geben?

Es gibt keinen Anlaß zum Feiern! Deshalb nehme ich auch nicht persönlich an der heutigen feierlichen Stadtverordnetenversammlung teil.
Außerdem möchte ich mir die Peinlichkeit der deutsch-nationalen Tränen beim Singen der neuen alten Melodie ersparen.

"Nichts ist schwerer und nichts erfordert mehr Charakter, als sich in offenem Gegensatz zu seiner Zeit zu befinden und laut sagen: Nein"

(Tucholski)

Pierre und Luce

... Mit den Augen des kleinen Mädchens sah er jäh die Herzensarmut, die wüstenhafte Dürre jener bürgerlichen Klasse, zu der er gehörte. Trockene und verbrauchte Erde, die nach und nach alle Säfte des Lebens aufgesogen hat und sie nicht mehr erneuert, wie jene Landstriche Asiens, wo die fruchtbaren Ströme Tropfen um Tropfen unter den glasigen Sand versickert sind.

Selbst jene, die sie zu lieben glauben, lieben sie als Besitzer; sie opfern sie ihrem Egoismus, ihrem verstockten Stolz, ihrem engen und starrköpfigen Verstand. Pierre sah seinen Eltern und sich selbst betrübt ins Gewissen. Er schwieg. Die Fensterscheiben des Zimmers erzitterten von einem fernen Geschützdonner. Und Pierre, der an jene dachte, die umkamen, sagte mit Bitterkeit: "Und auch das ist ihr Werk". Ja, das heisere Gebell dieser Geschütze da drüben, der allumfassende Krieg, die große Katastrophe - die Herzensdürre und Unmenschlichkeit dieses eitlen und beschränkten Bürgertums trugen weitgehend ihren Teil Verantwortung daran. Und nun (das war recht und billig) hielt das entfesselte Ungeheuer nicht mehr inne, ehe es dieses Bürgertum verschlungen hatte.

Und Luce sagte: "Das ist gerecht." Denn, ohne daß sie es ahnte, folgte sie Pierres Gedanken. Pierre fuhr zusammen bei diesem Widerhall.

"Ja, das ist gerecht", sagte er, "gerecht, alles, was eintrifft.

Diese Welt ist zu alt, sie mußte, sie muß sterben."

Und den Kopf senkend, sich traurig dreinschickend, wiederholte Luce: "Ja."...

Romain Rolland "Pierre und Luce" (1918)



Am 1. September 1995 fand in Eisenach eine Antikriegskundgebung statt, an der ca. 150 Menschen teilnahmen. Eine Hauptforderung war, daß keine deutschen Truppen in Jugoslawien und im Ausland überhaupt, eingesetzt und daß alle Waffenlieferungen gestoppt werden.

"Seid Sand, nicht das Öl im Getriebe der Welt."

DenkMal
Dem unbekannten Wehrmachtsdeserteur

Am 1. September 1995 wurde in Erfurt ein DenkMal für den unbekannten Wehrmachtsdeserteur der Öffentlichkeit übergeben. Das DenkMal ist den Menschen gewidmet, die sich dem Vernichtungskrieg der Wehrmacht verweigerten und denen dafür bis heute keine offizielle Anerkennung zuteil wird. Etwa 100.000 Wehrmachtssoldaten desertierten, mindestens 20.000 von ihnen wurden deshalb zum Tode verurteilt. Die Überlebenden gelten nach bundesrepublikanischem Recht noch heute als vorbestraft. Die "Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz" kämpft seit Jahren für die politische Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure und für eine materielle Entschädigung. Doch die CDU/CSU-Mehrheit im Bundestag lehnt dies ab.

Auch die Erfurter Christdemokraten versuchten bis zum letzten Moment, das DenkMal zu verhindern - aus künstlerischen, zeitlichen und sonstigen Erwägungen. Oberbürgermeister Ruge ließ die Einladung der Initiative, das DenkMal am 1. September der Öffentlichkeit zu übergeben, unbeantwortet.

Die CDU im Rathaus begründete ihre Ablehnung eines DenkMals für den unbekannten Wehrmachtsdeserteur unter anderem mit ablehnenden Äußerungen und Zuschriften aus der Bevölkerung. Wir zitieren gerne einige "Stilblüten":

"Schade, daß sich das schöne Erfurt diesen Schandfleck zugelegt hat! ... Einer der Initiatoren ist der in Hamburg gutbekannte 'Stänker' Ralph Giordano, der keine Gelegenheit ausläßt, sich einzumischen. Trotz scheinheiliger und durchsichtiger Begründung ist das sogenannte Denkmal eine Ohrfeige und Beleidigung für diejenigen, die glaubten, bis zuletzt ihre Pflicht als Soldat erfüllen zu müssen und für die unzähligen Frauen, die ihre Männer und die Eltern, die ihre Söhne opfern mußten. Deserteure wurden zu Recht allzeit verachtet. Sie sind Feiglinge, daran gibt es trotz Denkmal nichts rütteln!"

"Schande über Erfurt! Deserteure sind Verbrecher, denn sie haben viele ihrer Kameraden mit ihrem Verrat in den Tod geschickt. Und dafür ein Denkmal! Wir werden alles tun, damit der Ruf von Erfurt als 'Stadt der Deserteure und Verräter' weltweit bekannt wird."



"Im Gedenken dieser gesetzestreuen und pflichtbewußten Soldaten protestiere ich gegen die Aufstellung eines Denkmals für gesetzesbrechende und eidbrüchige Deserteure der deutschen Wehrmacht. In Vergangenheit und Gegenwart ist, in allen mir bekannten, Staaten dieser Erde die Desertion ein Straftatbestand. Straftäter haben kein Denkmal verdient. Wer heute Deserteuren ein Denkmal baut, müßte konsequenterweise morgen eins für Diebe und Mörder errichten."

"Es ist eine Ungeheuerlichkeit, für Verräter, Drückeberger und Fahnenflüchtige noch Ehrungen auszusprechen. ... Das ist eine Beleidigung aller deutschen Soldaten aller Zeiten, die pflichtgetreu ihren Dienst geleistet haben. ... Im übrigen braucht sich jetzt wohl niemand mehr zu wundern, wenn die Zahl der Wehrdienstverweigerer immer größer wird."

"Ich stelle mir natürlich auch die Frage, ob in einer Zeit knapper Haushaltsmittel eine Skulptur für Gesetzesbrecher eine notwendige und angebrachte Geld-Ausgabe darstellt. Ich bin gerne bereit, auch weiterhin meinen Solidaritätszuschlag für den Aufbau der neuen Bundesländer zu bezahlen. Für derartige 'Extravaganzen' habe ich kein Verständnis." (Anm. d. Initiative: Das DenkMal hat weder Ihren, noch den Solidaritätszuschlag irgendeines anderen Besserwessis in Anspruch genommen, sondern wurde ausschließlich durch Spenden finanziert.)

"Die Ehrung von Deserteuren gleich welcher Zugehörigekit empfinde ich (auch als Reserveoffizier der Bundeswehr) als Schlag ins Gesicht. So etwas muß als Attacke auf den inneren Zusammenhalt der Bundeswehr, der wesentlich auf Kameradschaft und Disziplin beruht, verstanden werden. Wer desertiert, ist kein Widerstandskämpfer, sondern besorgt sich nur persönlich reine Hände."

"Andererseits hatten manche Soldaten in besetzten Ländern Beziehungen mit Frauen des Landes und zogen darum die Desertation dem Soldatenleben vor. ... Einige desertierten auch zum Feind. Sie verrieten damit nicht nur moralisch ihre Kameraden sondern auch existentiell."

"Desertierende Soldaten laden einen Angreifer zur Eroberung ihres Landes ein. (Da muß im Geschichtsunterricht etwas gründlich durcheinandergeraten sein, Anm. d. Initiative.) *Die Initiatoren nutzen die Tatsache aus, daß junge Menschen durch falsche und einseitige Informationen manipuliert worden sind. ... Die Jugend wird immer in ihrer nicht ausgeprägten Kritik- und Begeisterungsfähigkeit für Ziele anderer mißbraucht."*

Die Initiative hat sich verpflichtet, die Diskussion um den Charakter der Wehrmacht, um Desertion und soldatische Tugenden, Verweigerung und Zivilcourage fortzusetzen. Vom 9. Mai bis 10. Juni 1996 wird die Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" in Erfurt zu sehen sein. Bereits im November finden weitere Diskussions-, Informations- sowie Kulturveranstaltungen statt, zu denen die Initiative herzlich einlädt. Näheres dazu siehe Seiten 2,16.

JB

Türkische Faschisten mobilisieren in der BRD

Todesopfer in Neumünster - deutsche Stellen sehen zu

Die seit Wochen und Monaten betriebene Angriffswelle der als "Graue Wölfe" bekannten türkischen Faschisten in der BRD hat ein erstes Todesopfer gefordert. Am Abend des 3. September wurde in Neumünster der aus Bingöl stammende 21jährige Kurde Seyfettin Kalan erschossen. Zwei weitere Kurden, Mahmut S. und Ahmet S., erlitten durch jeweils mehrere Schüsse z.T. lebensgefährliche Verletzungen; laut "Özgür Politika" gehören alle drei zum Umfeld der ERNK. Auch einer der Angreifer wurde durch Messerstiche und ein Beil schwer verletzt. Während die sechs oder sieben angegriffenen Kurden in einem Schnellrestaurant in der Innenstadt von Neumünster beim Essen waren, fuhr ein PKW mit fünf ihnen als Angehörige der Grauen Wölfe bekannten Typen vor, die sie provozierten, angriffen und, als sie sich zur Wehr setzten, etliche Schüsse abfeuerten.

Nach Einschätzung der Kurden handelte es sich um einen geplanten Überfall: Die mit dem Auto vorgefahrenen Angreifer flüchteten, nachdem sie die drei Kurden niedergeschossen hatten, während ein anderer Trupp Grauer Wölfe, der diesen Angriff aus etwa 50 Meter Entfernung beobachtet hatte, nun hinzukam und die Angriffe fortsetzte. Die nach etwa fünf Minuten eintreffende Polizei machte sich sofort daran, zwei der Kurden im Imbiß festzunehmen, bis sie von der Bedienung auf ihren "Irrtum" hingewiesen wurden. Ein weiterer bei dem Vorfall verletzter Kurde berichtete, daß auch er in Handschellen abgeführt wurde und die türkischen Faschisten dabei, direkt vor den Augen der deutschen Polizisten, weiter auf ihn einschlugen und ihn bedrohten. Ebenso wurden ein Ambulanzfahrzeug sowie der Eingang des Krankenhauses von etwa 40 Grauen Wölfen belagert, die den kurdischen Verletzten noch im Krankenhaus drohten: "Wir werden Euch auch hier umbringen."

Auffallend war am ganzen Abend die vornehme Zurückhaltung der Polizei gegenüber den türkischen Rechtsextremisten: Kein einziger von ihnen wurde festgenommen. (Der Todesschütze soll sich später selbst gestellt haben). Getreu ihrem durch die jahrelange antikurdische Politik der Bundesregierung geschärften Feindbild bezichtigte die Polizei in einer sofortigen Pressemitteilung "Kurden" eines Überfalls auf ein "türkisches Lokal".

Nachdem dann der tatsächliche Ablauf des Vorfalls an die Öffentlichkeit kam und kurdische und türkische AntifaschistInnen mit einer Mahnwache, Informationsständen und durch Presseerklärungen auf die Urheberschaft der Grauen Wölfe und deren Hintermänner im türkischen Staat hinwiesen, beeilte sich die Neumünsteraner Polizei, in einer eigenen Pressekonferenz zu erklären, sie habe "keinerlei Hinweise auf einen politischen Hintergrund" des Überfalls. Auch auf Nachfrage versichert der Sprecher der Polizei, es gäbe keine Erkenntnisse über Aktivitäten türkischer Rechtsextremisten in Neumünster.

Das ist ganz offensichtlich gelogen: Keine zwei Wochen vor dem tödlichen Vorfall hatte der Alevitische Kulturverein in Neumünster auf einer Pressekonferenz - über die auch mehrere Zeitungen berichteten - auf die zunehmenden Aktivitäten türkischer Faschisten in Neumünster hingewiesen und explizit vor möglichen Gewalttaten aus deren Ecke gewarnt. Nicht nur Kurden oder vermeintliche PKK-Sympathisanten waren in der Vergangenheit immer wieder von den Faschisten angegriffen und provoziert worden; auch linke und demokratische Türken, Angehörige der alevitischen Glaubensgemeinschaft, ja sogar kleine Schulkinder, die sich weigerten den "Wolfgruss", das Erkennungszeichen der Grauen Wölfe, mitzumachen, wurden bedroht.

Neues Outfit der MHP

In fast allen Gegenden der BRD haben die türkischen Rechtsextremisten seit einigen Jahren erheblichen Zulauf. Seit Monaten kommt es zu Angriffen auf Vereine linker und alevitischer Türken und Kurden; bekannte oder vermeintliche Antifaschisten aus der Türkei werden bedroht oder geschlagen. In Ulm, Bielefeld und Mühlheim wurden Brandanschläge auf kurdische Einrichtungen verübt, bei denen von einer Urheberschaft türkischer Rechtsextremisten auszugehen ist (in der Presse wurden diese Fälle selbstredend dem "kurdischen Terror" zugeschrieben).

In Großstädten wie Hamburg, Berlin, Köln etc. befinden sich jeweils ganze Stadtviertel unter Kontrolle der Faschisten. Fußballspiele, Hochzeits- oder Beschneidungsfeiern werden zu Parteidemonstrationen umfunktioniert. Nach bestimmten Ereignissen - z.B. den Fußballänderspielen der Türkei gegen die Schweiz (26.4.95) oder gegen Ungarn (7.9.) - bildeten Anhänger der Grauen Wölfe in Hamburg, Berlin, Duisburg und anderswo jeweils Autokonvois; sie fuhren mit türkischen Fahnen und Emblemen der MHP durch die Straßen, riefen nationalistische und antikurdische Parolen und bedrohten linke Türken und Kurden durch deutliches Hervorzeigen ihrer Schußwaffen. In einigen Fällen gaben sie dabei auch Warnschüsse ab und griffen linke Einrichtungen oder Einzelpersonen an. In Schulen, Häusern der Jugend und Diskotheken werden linke türkische, kurdische oder alevitische Jugendliche bedroht oder unter Druck gesetzt, sich den Grauen Wölfen anzuschließen.

Nach dem (zeitweiligen) Verbot der MHP in der Türkei bis zur Mitte der 80er Jahre hatten sich auch hier einige der MHP-nahen Vereine aufgelöst oder verloren an Mitgliedern. In den folgenden Jahren verlagerte sich die Organisierung der MHP in der BRD zum Teil aus den ehemaligen Vereinen heraus in eigene Sportvereine, Clubs, Cafés und sog. türkisch-deutsche Freundschaftsvereine. Auch Moscheen und Solidaritätsvereine für Aserbaidschan und Bosnien dienen als Rekrutierungsfeld und als Tarnorganisationen. Die Aufsplitterung ist auch Ausdruck einer gewissen Neuorientierung, wie sie auch die MHP in der Türkei vollzogen hat. Viele der heutigen MHP-Anhänger gehören zur sogenannten zweiten oder dritten Generation, sind hier geboren oder aufgewachsen und entsprechen in ihrem "Outfit" kaum noch dem Bild der MHP der 70er Jahre. Der langhaarige, "freakige" Junge Wolf ist hingegen nicht weniger aggressiv als sein schnurrbarttragender Onkel von 1979, wie die Aktivitäten der letzten Monate belegen.

Eine Verharmlosung der Grauen Wölfe als "unpolitische, deklassierte Jugendliche", wie der deutsche Staat sie jahrelang gegenüber deutschen Neonazis betrieben hat, verkennt die organisierte Stärke der MHP. So nahmen am 26. November 1994 in Sindelfingen über 10.000 MHP-Anhänger an der Jahreshauptversammlung der Türk-Federation statt, auf welcher ihr Führer Alparslan Türkes als Redner auftrat und mit Parolen "Führer befiehl, wir folgen" empfangen wurde. Darüber hinaus genießen die Grauen Wölfe weitgehende Unterstützung türkischer staatlicher Stellen: An der Sindelfinger Veranstaltung nahm der türkische Botschafter als Ehrengast teil, Ministerpräsidentin Ciller schickte Glückwünsche.

So wie die MHP in der Türkei als ein Arm der Kontraguerilla fungiert und heute wich-

tige Teile des "Sicherheitsapparates" kontrolliert, ist auch in Europa davon auszugehen, daß die verschiedenen Tarnorganisationen (s.o.) ebenfalls als Aktionsbasis für den türkischen Geheimdienst MIT dienen. Bereits Anfang der 80er Jahre ließen eine Reihe von Ereignissen - Paketbomben an türkische Arbeitsemigranten, auf der als "Absender" der hiesige Presseverantwortliche der linken Organisation Devrimci Isci vermerkt war, oder eine im Schließfach abgestellte "Bombe" im Hamburger Hauptbahnhof, angeblich von der PKK plaziert - auf die Urheberschaft des MIT schließen.

Nationalistischer Konsens

Ihren gestiegenen Masseneinfluß verdanken die Grauen Wölfe auch der Tatsache, daß sie am radikalsten das vertreten, was von Presse, Fernsehsendern, Konsulaten und ihnen angeschlossenen Vereinen, Schulen etc. täglich an türkisch-nationalistischer Propaganda und Mobilisierung betrieben wird. Hierzu zählen die aggressiv betriebe Spendenwerbung für die türkische Armee, Videoclips MHP-naher Sänger vor oder nach Fußballnationalspielen, Rap-Gruppen wie "Karakan" oder jetzt "Cartell", die mit ihren Texten zur türkisch-nationalistischen Mobilisierung beitragen, selbst wenn sie selbst nicht explizit als faschistisch zu bezeichnen sind.

Die türkische Linke, die durch den Militärputsch von 1980 ohnehin bis heute merklich geschwächt ist, konnte oder wollte diesem Chauvinismus bislang wenig entgegensetzen. Ein Teil neigt dazu, die türkisch-nationalistische Stimmung der Jugendlichen hier als (überzogene) Reaktion auf den deutschen Rassismus zu entschuldigen. Initiativen wie der Türkisch-Kurdische Freundschaftsverein in Köln, der es sich zur Aufgabe gesetzt hatte, sich diesem nationalistischen Trend entgegenzustellen, wurden von offiziellen türkischen Stellen scharf angegriffen und auch von einigen Linken als "Kurdenfans" verächtlich gemacht.
Die türkisch-nationalistische Front schließt auch Sozialdemokraten wie Hakki Keskin, Mitglied im Hamburger Parteivorstand der SPD und Sprecher des "Bundes türkischer Einwanderer", ein, der in der Presse immer wieder als antikurdischer Scharfmacher auftritt. Vor zwei Jahren gehörte er zu den Organisatoren und Rednern einer antikurdischen Massendemonstration in Hamburg, aus der heraus MHP-Anhänger zahlreiche kurdische und linke Läden zertrümmerten.

"Folklore im Rahmen der Gesetze der BRD ..."

Auch die deutsche Politik hat gleich in mehrfacher Weise zum Erstarken der türkischen Faschisten beigetragen:

- ☐ *Natürlich ist der vehemente Nationalismus türkischer Jugendlicher hier auch Reaktion auf den täglich erlebten Rassismus der deutschen Gesellschaft, auf die Ausgrenzung und die Mordanschläge, die ihnen eine gesicherte Lebensperspektive hier verschließt. Erste Massenauftritte nach 1990 hatten die Grauen Wölfe während der Protestaktionen gegen die Brandanschläge von Mölln und Solingen. Auch die sozialdemokratische Variante des Rassismus, die die Folterungen in der Türkei nicht dem Staat, sondern dem "brutalen Türkentum" zuschreiben, und manche völkischen Strömungen an den Rändern der Kurdistan-Solidarität verschaffen dieser Stimmung Nahrung.*
- ☐ *Die Duldung und Verharmlosung des türkischen Rechtsradikalismus durch staatliche Stellen entspricht deren Haltung gegenüber deutschen Nazis. Auf eine parlamentarische Anfrage der PDS-Abgeordneten Ulla Jelpke nach den Erkenntnissen des Verfassungsschutzes über die Grauen Wölfe in der BRD antwortete das Innenministerium, die Türk-Federation (ADÜTDF) bezwecke, "bevorzugt in Form von Folklore- und Saalveranstaltungen .... die Interessen der Türkischen Republik im Rahmen der Gesetze der Bundesrepublik Deutschland zur Geltung zu bringen". So wie die türkische Armee als Nato-Waffenbruder von der Bundeswehr ausstaffiert und unterstützt wird, genießt (natürlich) auch der MIT als "befreundeter Dienst" die bevorzugte deutsche Gastfreundschaft. Nach dem Verbot der PKK durch Innenminister Kanther im November 1994 meldete die türkische Massenpresse stolz, daß die türkische Regierung (mit Duldung der BRD) eine große Anzahl "spezieller Sicherheitskräfte" in die BRD bzw. nach Europa entsandt hätte, um hier den Kampf gegen den "kurdischen Terror" effektiver zu führen.*
- ☐ *Nicht zuletzt haben auch die antikurdische Politik der Bundesrepublik - Verbote kurdischer Vereine, Verlage, Publikationen bis hin zu kurdischen Symbolen und Fahnen - und die konzertierte Pressehetze den türkischen Rechtsradikalen erheblichen Auftrieb verschafft. Kommentatoren der türkischen Presse rufen nach einer Bewaffnung der Türken in der BRD (gegen Kurden), und ein Mitarbeiter des bayerischen Innenministeriums, Hermann Regensburger, schlug die Aufstellung türkischer Jugendlicher als "freiwillige Wächter" vor, die nach einer 40stündigen Ausbildung mit einem "Wächterausweis", Armbinde, Funkgerät und Tränengas ausgestattet werden sollten, um dann für einen Stundenlohn von 12 DM als Hilfstruppe der Polizei eingesetzt zu werden.*

Die Übernahme des "Dorfschützer"-Systems aus der Türkei scheint also nur noch eine Frage der Zeit zu sein. Ohnehin werden derzeit in mehreren Bundesländern verstärkt türkischstämmige Mitarbeiter für den Polizeidienst rekrutiert. Die genannten Maßnahmen erleichtern nicht allein Kontrolle und schärfere Repression gegen kurdische und türkische Oppositionelle. Sie sind gleichzeitig Schritte in Richtung auf eine Ethnisierung sozialer Probleme, wie sie z.B. in den USA längst praktiziert werden. Das Anlegen von "Kurdenkarteien" durch massenhaftes Sammeln von Videoprints abgefilmter kurdischer Demonstrationen sowie die Schaffung "kurdenfreier Zonen" (z.B. am Hamburger Hauptbahnhof) sind bereits gefährliche Schritte in diese Richtung.

Fehler und Perspektiven

Allerdings haben auch die zahllosen Anschläge gegen türkische Läden, Einrichtungen und Privatwohnungen, die in den vergangenen Jahren periodisch verübt wurden, erheblich zur Schaffung des angespannten Klimas beigetragen, weshalb mensch am liebsten schlußfolgern würde, sie gingen einzig auf das Konto deutscher Rechtsradikaler oder auch des türkischen Geheimdienstes. Obgleich die PKK bzw. ERNK sich wiederholt von diesen Anschlägen distanziert haben, gibt es von ihnen auch schwammige Formulierungen wie: "Einige der Aktionen könnten die Reaktion unseres Volkes sein." Zwar muß selbst das BKA in einer Antwort auf die Anfrage der PDS-Abgeordneten Ulla Jelpke nach der Urheberschaft der antitürkischen Anschläge zugeben, daß es nur bei 12 von 139 Anschlägen (im Zeitraum Februar bis April dieses Jahres) Verdachtsmomente in Richtung auf eine Täterschaft aus dem PKK-Umfeld gegeben hat. Aber auch die PKK hat mit ihrer z.T. uneindeutigen Haltung selbst zur Verunsicherung beigetragen und der antikurdischen Koalition Argumente geliefert.

Anschläge gegen ausländische Läden und Büros, selbst wenn deren Inhaber aus dem MHP-Umfeld stammen sollten, sind in der BRD absolut schädlich, da sie von der Mehrheit der deutschen und türkischen Öffentlichkeit durch nichts von rassistischen Anschlägen deutscher Neonazis zu unterscheiden sind. Es ist auch verlogen, wenn sich Sprecher der PKK hinter angeblich "spontanen Reaktionen unseres Volkes" verschanzen, da sie sonst keine Gelegenheit versäumen zu betonen: "Das Volk ist die PKK, die PKK ist das Volk."

Deutsche AntifaschistInnen wiederum machen sich unglaubwürdig, wenn sie verunsichert abwarten und schweigen, anstatt lautstark und unmißverständlich alle Gewaltakte gegen ausländische Privatpersonen und Geschäfte in der BRD zu verurteilen - egal ob es sich bei den Opfern um Kurden, Türken, Aleviten, Juden, Portugiesen oder Chinesen handelt.

Nora Mielke, ak - analyse & kritik, Zeitung für linke Debatte und Praxis

Neofaschismus in Erfurt

Am Donnerstag, den 17. August dieses Jahres, fand im Albert-Schweitzer-Gymnasium eine Schuldisco statt. Diese wurde im Verlauf des Abends von ca.15 Jugendlichen, welche ganz offensichtlich der Erfurter neofaschistischen Szene zuzuordnen waren, überfallen. Der Angriff richtete sich gezielt gegen einzelne linksorientierte Schüler des Gymnasiums, wobei zwei davon verletzt wurden. Die Polizei wurde zur Hilfe gerufen und erschien jedoch relativ langsam. Obwohl sich beim Eintreffen derselben noch einige der Angreifer auf dem Schulgelände befanden, konnten diese ungehindert noch einen weiteren Schüler bis in das anliegende Wohnheim verfolgen, um dort weiter zu randalieren.

Im Polizeibericht tauchte dieser Vorfall nicht auf.

Am nächsten Tag war in der Thüringer Allgemeinen ein Artikel zu diesem rechten Übergriff zu lesen. SchülerInnen und LehrerInnen bestätigten vorerst diese Beschreibung und beklagten sich gleichzeitig über ein scheinbares Desinteresse der diensthabenden Polizeibeamten, da Augenzeugenberichte kaum gehört wurden. Außerdem waren einigen zumindest einzelne der angreifenden Neonazis bekannt. Die Eltern eines Schülers erstatteten Anzeige wegen Körperverletzung.
Schon am nächsten Tag zeichnete sich eine Wandlung ab. Schulleiter Wohlgefahrt dementierte die Tatsache, daß es sich bei diesem Vorfall um einen rechtsextrem motivierten Übergriff handelte. LehrerInnen wollten keinerlei Agaben mehr darüber machen, SchülerInnen erzählten nur noch hinter vorgehaltener Hand...



Nationale Front beim Wehrsport

Was war geschehen?

In der Öffentlichkeit sollte dieses Vorkommnis als "betrunkene Schülerbanden wollten sich mal wieder gegenseitig eins aufs Maul hauen, typischer Kleinejungsstreich..." abgetan und verharmlost werden. Gleichzeig jedoch begannen massive Einschüchterungskampagnen gegen aussagewillige Leute. Es begann mit Telefonterror, Androhung von physischer und psychischer Gewalt, Vornehmen einzelner augenscheinlich linker Personen. Wer hinter der Vertuschung des Vorfalls steckt und welche Absichten ihn/sie dazu bewegen, wird noch zu klären sein. Natürlich hätten alle gern ein sauberes Erfurt...
Wer aber sind die rechtsextremen Angreifer und wo treffen und organisieren sie sich?
Es handelt sich dabei um Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren, die hauptsächlich aus dem Rieth und den umliegenden Neubaugebieten stammen. Sie treffen sich hauptsächlich im Rieth-Club, dem JC Roter Berg und in einer angemieteten Wohnung schräg gegenüber dem Mutter-Kind-Heim in der Lowetscher Straße. Immer wieder kann man beobachten, daß dort auch die unterschiedlichsten Rechtsextremen aus diversen anderen Städten der BRD ein- und ausgehen.
Bei dem Rieth-Club handelt es sich um einen städtischen Jugendclub, der den anwohnenden Jugendlichen im wahrsten Sinne des Wortes in die Hand gegeben wurde. Strom-, Miet- und Wasserkosten werden von der Stadt getragen. Im letzten halben Jahr wurden fünf! Sozialarbeiter zur Betreuung nacheinander eingestellt und warfen in der gleichen Reihenfolge das Handtuch. Auch sie wollten aus Sicherheitsgründen keine Angaben über das Stammpublikum, welches den Club regiert, machen. Im Club selbst herrscht eine strenge Ordnung, welche von einem jungen Erwachsenen an der Spitze durch hauptsächlich Anfang bis Mitte Zwanzigjährige gwegenüber den anderen durchgesetzt wird. Gute Kontakte bestehen, wie oben bereits beschrieben, auch zum JC Roter Berg, dort kümmert sich ein rechtsextrem orientierter Vater vor allem um die Verfestigung der faschistischen Ideologie, indem er die Verteilung von Informationsmaterialien organisiert.
Der Übergriff auf die Schuldisco war nur ein Vorfall in einer Reihe von Vorkommnissen, die von diesen Rechtsextremen ausgehen. Nur um ein paar Beispiele zu nennen, so kam es mehrfach im August und Anfang September zu Übergriffen an der Riethkaufhalle, wo teilweise wahllos auf anders aussehende Jugendliche eingeschlagen und neofaschistische Parolen skandiert wurden. Nicht alle ließen sich völlig einschüchtern und es kam zu einer weiteren Anzeige wegen Körperverletzung.

Ebenfalls angegriffen wurden der VEB und der dort ansässige Stadtjugendring (an der Trabrennbahn), wobei Molotow-Cocktails geworfen wurden und der Bus des Stadtjugendrings Totalschaden erlitt.

Neofaschistische Strukturen werden ausgebaut, Angst geht um in dieser Stadt und die sogenannten Stadtväter bemühen sich ums Vertuschen.

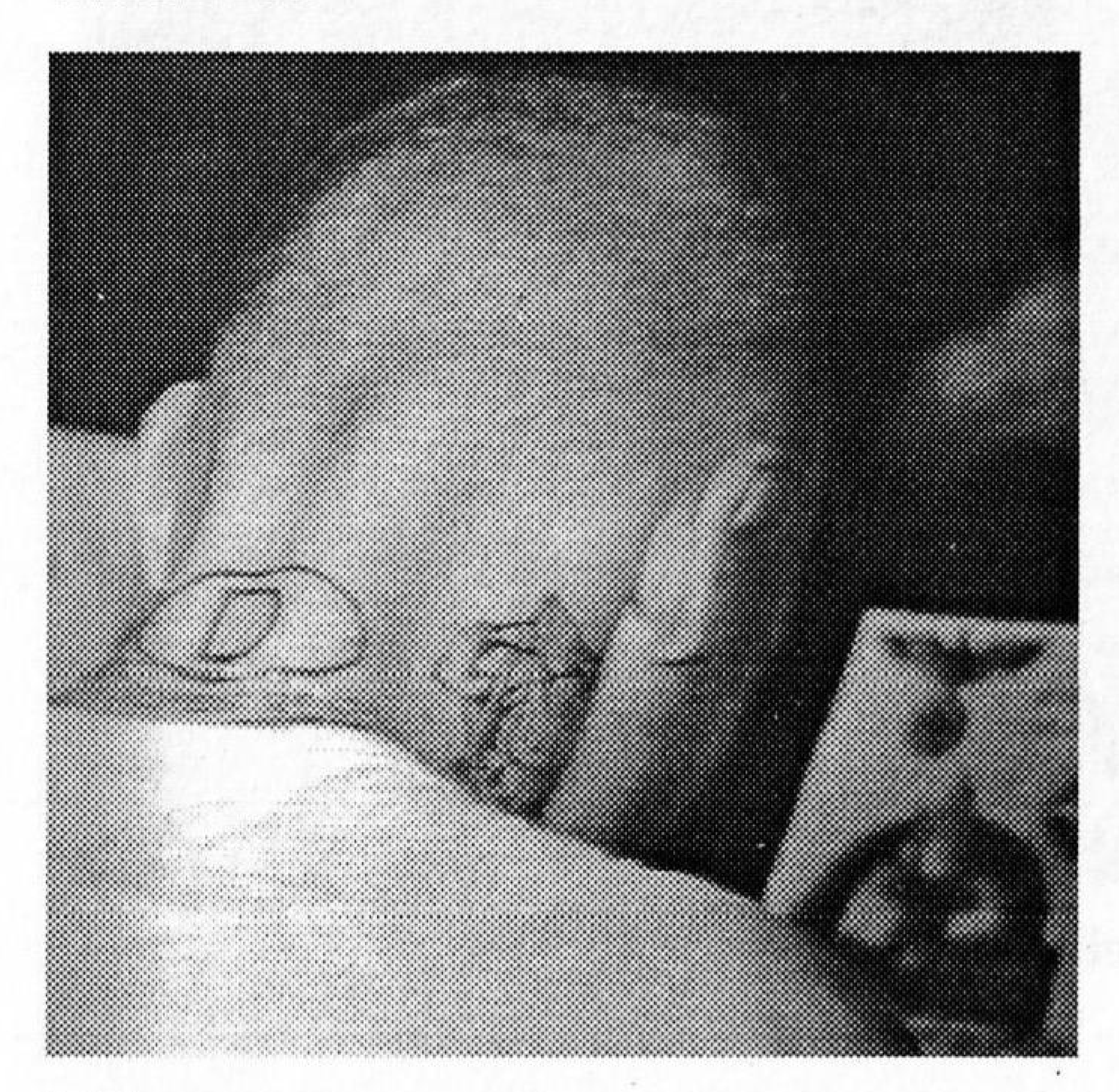
judith



Die franzözische Variante:
"Frankreich den Franzosen"

Die Rechte Gewalt geht weiter

Wir bringen hier einen kleinen Auszug der Meldungen über Rechte Gewalt. Die vollständige Liste wird monatlich im Konkret veröffentlicht. Vollständig können diese Listen nicht sein, weil die Medien immer mehr rechte Gewaltakte verschweigen, die Polizei selbst zur Anzeige gelangte Verbrechen nicht meldet und die Antifa nach wie vor keinen organisierten Austausch solcher Informationen hat.



□ 12.8.1995

CHEMNITZ. Die Polizei in Sachsen hat ein Treffen rechtsradikaler Jugendlicher verhindert. Sie wollten des Hitlerstellvertreters Hess gedenken. Die Polizei nahm 70 Rechtsradikale vorübergehend fest. Die Behörden hatten Versammlungsverbot bis zum 20. August verhängt, nachdem mehrerere Gruppen Aktionen zum Todestag von Hess angekündigt hatten.
(German News Sa., 12.08.1995 23:00 MESZ)

TIEFENORT. Trotz Verbotsverfügung für Hess-Gedenkveranstaltungen, fand in einer Gastätte eine Veranstaltung des "Freudenskreises Eisenacher Signal" mit Schönhuber (Thema Mauerbau) statt. Die Anfrage eines Abgeordneten im Kreistag blieb mit der Bemekrung des Landrates "nicht zuständig" unbeantwortet.

□ 15.8.1995

POTSDAM. In der Landeshauptstadt Brandenburgs ist ein israelischer Tourist von zwei Unbekannten überfallen und zusammengeschlagen worden. Der 19-jährige erlitt mehrere Kopfverletzungen. Wie die Polizei mitteilt, ist ein fremdenfeindlicher Hintergrund nicht auszuschließen. - Ein 16-jähriger Skinhead wurde unterdessen nach einem Überfall auf zwei Türken im bayerischen Wolznach festgenommen. In Magdeburg ließ die Polizei nach einem Überfall auf Behinderte in einer Straßenbahn zwei geständige Skinheads nach wenigen Stunden wegen fehlender Fluchtgefahr wieder frei.
(DW Internet News vom 15.08.1995)

□ 17.8.1995

MANNHEIM. Unbekannte haben in der vergangenen Nacht einen Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim verübt. Verletzt wurde niemand. Die Täter hatten drei Molotow-Cocktails auf das Gebäude geworfen. Mitarbeiter eines privaten Wachdienstes konnten den Brand löschen.
(German News Do., 17.08.1995 18:00 MESZ)

□ 18.8.1995

POTSDAM. Die Polizei hat am Donnerstagabend 14 Neonazis festgenommen, die sich in Neubrandenburg zu einer Gedenkveranstaltung für den Hitlerstellvertreter Rudolf Hess getroffen hatten.
Nach Angaben der Polizei hatten über 20 Personen um ein Lagerfeuer herum die Arme zum Hitlergruss erhoben und Hess anläßlich seines Todestages in Reden gewürdigt. In Hannover haben die Behörden eine für dieses Wochenende angekündigte Demonstration verboten. Im Großraum Hannover waren am Donnerstag Plakate auf-

Thüringen auf rechtem Wege ?

So der Titel einer öffentlichen Podiumsdiskussion des Thüringer Innenministeriums am 20. September in der Stadthalle Gotha. Zu der Veranstaltung, die in der vom Ministerium organisierten Reihe "Dialog statt Gewalt" stattfand, kamen ca. 200 Menschen, gut 2/3 SchülerInnen. Neben den Innenministern der Länder Bayern und Thüringen den Herren Beckstein und Dewes diskutierten Dr. Lewandowski, Kriminologe von der Uni Jena und Julika Bürgin, Bildungsreferentin beim DGB Bildungswerk.
Dewes beschrieb in seinem Eingangsreferat mit seltener Offenheit die Straftaten und Potentiale rechtsextremer Täter in Thüringen in den letzten Monaten.

Aktuelle Beispiele:

Bei einem Aufmarsch von 200 Rechtsextremen anläßlich des Rudolf Hess Tages in Niedersachsen befanden sich unter ihnen 50 Faschisten aus dem Raum Saalfeld/ Rudolstadt. Bei Anschlägen auf Fernmeldeinrichtungen der Telekom wurden explizit Einrichtungen der Polizei lahmgelegt."
Bei einem Treffen neofaschistischer Skinheads in Triptis, bei dem ca. 200 festgenommen wurden, waren die Drahtzieher aus Thüringen mit Mailboxen und Funktelefonen ausgerüstet.
In den vergangenen Wochen gab es 2 versuchte aber fehlgeschlagene Bombenanschläge an öffentlichen Orten.
Die Ereignisse in Neuhaus, wo bei Auseinandersetzungen unter Jugendlichen ein der rechten Szene Zugehöriger erstochen wurde, veranlaßten Herrn Dewes, wie er im Laufe des Abends nicht müde wurde zu wiederholen, das Gespräch mit Jugendlichen zu suchen, sowie sich für sozialarbeiterische Einrichtungen stark zu machen.

Während er den Eindruck hinterließ, zumindest bemühte Redenschreiber zu haben, hinterließ Günter Beckstein allein Plattheiten und feierte sich und seinen Amtsbruder für ihre Fairständnis-Kampagne (war eh fraglich, was der eigentlich da wollte).
Das Bemühen, die Ergebnisse seiner Untersuchung über Gewalt jugendlicher rechtsextremer Straftäter so zu formulieren, daß sie einem seiner Geldgeber nicht unangenehm wurden, war Dr. Lewandowski anzumerken. Seine sozialpsychologischen Untersuchungen präsentierten nichts neues, immerhin vermied er es wie Klaus Leggewie, die Ursache rechtsextremer Gewalt im Verlust intakter Familienstrukturen zu sehen, sondern verortete sie in der mangelnden Sinnhaftigkeit von Lebens- und Freizeiträumen.
Die Thesen Julika Bürgins über Herkunft, Entwicklung und die Verbreitung rechtsextremer Ansichten und Einstellungen in der Gesellschaft sorgten dann für Diskussion. Die Ansicht, daß der Rechtsextremismus mittlerweile aus der Mitte der Gesellschaft und der von Ihr propagierten Werte komme, daß der rassistische Mob vor Rostock, Hoyerswerda und Wernigerode mit der Änderung des Asylrechts seine Bestätigung durch etablierte Parteien bekam, das war für Beckstein ein Zerrbild der Gesellschaft.
Mit ihren Kommentaren zu dem Referat zeigten die Politiker welche Welten zwischen ihrer Sicht der Dinge und einer offenen antirassistischen Kritik an der Entwicklung in der BRD liegen. Sollte die Veranstaltung den Beweis für die Dialogbereitschaft machthabender Politiker widerspiegeln, so hat sie gezeigt, wen die Politiker dabei im Auge haben:sich selbst.

Joseph Grüne

getaucht, auf denen Rudolf Hess als Märtyrer für Deutschland bezeichnet wurde. Im Dänischen Roskilde hat die Polizei eine von Neonazi-Gruppen aus mehreren europäischen Ländern für Samstag geplante Demonstration zum Abschluß ihrer sogenannten "Rudolf-Hess-Aktionswoche" genehmigt."
(DW Internet News vom 18.08.1995)

☐ 16./17.9.1995

BERLIN. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag (16./17. September 95) wurde der Jugendclub TRAIN CONTROL in der Silberhofstrasse von ca. 20 Nazis aus dem rechten Jugendclub Würfel überfallen.
Zu den Einzelheiten: Am Samstagabend fand im TRAIN CONTROL eine Party statt. Gegen 22.30 erhielten die 15 bis 20 anwesenden Jugendlichen die Nachricht, daß sich die Würfel-Nazis im PI-Haus (Kinder und Jugendzentrum Beethovenstr.) getroffen hätten, um anschließend im TRAIN CONTROL "aufmischen" zu gehen. Schon dort wurde von den Nazis ein Jugendlicher zusammengeschlagen, weil er ihnen zu "links" war.
Um 22.45 kamen die ca. 20 Rechtsradikalen ins TRAIN CONTROL. Sie waren mit Eisenstangen und Schlagringen bewaffnet. Ohne großes Zögern bekamen einige der Partygäste Schläge, wurden Türen eingeschlagen, Hakenkreuze gesprüht, Parolen wie "Sieg Heil" und "Berlin wir kommen" gebrüllt sowie Einrichtungsgegenstände demoliert.
Gegen 23 Uhr wurde die Polizei informiert. Etwa 15 Minuten später erreichten zwei Mannschaftswagen und drei Streifenwagen der Polizei (etwa 25 Beamte) mit Blaulicht und Sirene den Jugendclub in der Silberhofstrasse, so daß die Nazis schon frühzeitig gewarnt waren und den Club verließen. Unmittelbar neben dem Gebäude warteten sie das weitere Geschehen ab.Doch unverständlicherweise wurden die Einsatzwagen der Polizei nach etwa 15 Minuten wieder abgezogen. Damit hatten die Nazis ab 23.30 freie Hand, um sich weiterhin austoben zu können. So wurde weiter geschlagen und randaliert. Die Randalierer schreckten nicht einmal davor zurück, die Hunde der Jugendlichen mit Flaschen zu bewerfen. Wieder wurde die Polizei telefonisch um Hilfe gerufen. Originalton der Polizei: "Unsere Leute waren gerade draußen, erzähl mir keinen Mist", danach aufgelegt. Erst gegen 2.00 früh zogen die Angreifer ab, nachdem sie noch 120 Flaschen Bier vom TRAIN CONTROL geleert hatten, natürlich ohne zu bezahlen.
Schon einige Tage nach dem Überfall mußte der "Würfel" geschlossen werden, weil die zuständige Sozialarbeiterin der Stadt nach Schlägen, Demütigungen und Beschimpfungen psychisch am Ende ihrer Kräfte war.
(aus : /CL/ANTIFA)

Schickt bitte Kurzmeldungen an die ThAN-Redaktion. Um eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen, ist es notwendig, Meldungen über Rechte Gewalt und das Verhalten der Polizei zu dokumentieren. Dafür brauchen wir Eure Hilfe!
Die Redaktion

Freundeskreis
Anti-Antifa macht mobil
mußte sich verdrücken

Mit Hilfe einiger Journalisten, des LKA, einiger DGB-Gewerkschaften und der PDS-Gotha konnte der Freundeskeris Ulrich von Hutten die für den 14.-17.7.95 im Hotel Luisenthal bei Gotha geplante Jahreshauptversammlung nicht durchführen. Durch den Druck, der auch in der kleinen Gemeinde Luisenthal entfaltet wurde, war der Hotelpächter, offensichtlich ein Sympathisant, gezwungen, den Vertrag mit den braunen Gästen zurückzuziehen. Den endgültigen Ausschlag gab allerdings die Treuhand - Eigentümerin des Hotels -, die den Pächter massiv unter Druck und zum 30.9. vor die Tür setzte.

Rolle der Medien

Einige Journale und Rundfunkanstalten taten sich hervor, indem sie den Journalisten ein Veröffentlichungsverbot erteilten. Argumentativ mußten die alten Märchen herhalten, daß mit Veröffentlichungen die Nazis nur aufgewertet würden.

Rolle des Landrates von Gotha

Erst ließ er dementieren und als gar nichts mehr ging, da ihn auch BürgerInnen aus Luisenthal unter Druck setzten, verbreitete er, offenbar mit dem Ziel die LuisenthalerInnen und die Gothaer Journalisten gegen die Initiative einzustimmen, Lügen über ein Mitglied der Initiative GewerkschafterInnen gegen Rassismus und Faschismus.

Nachspiel Nr. 1:

Der Betroffene erstattet beim Landesverwaltungsamt Weimar Dienstaufsichtsbeschwerde, und der Herr Landrat mußte seine Lüge offiziell zurücknehmen.

Nachspiel Nr. 2:

Mit der Entlassung des Geschäftsführers ist den Nazis ein Treffpunkt entzogen worden, der, immerhin haben dort mindestens drei Nazi-/Neofa-Tagungen stattgefunden, zu einem von aller Öffentlichkeit abgeschotteten Sammelpunkt unterschiedlichster rechtsextremer Kreise zu werden drohte.

Nachspiel Nr. 3:

Die Informationen über das Treffen hatte die Initiative von einem Nazi aus Ostthüringen. Nach kurzer Recherche im Gothaer Raum stieß die Initiative auf das Hotel Luisenthal. Der Geschäftsführer, der zuletzt zu Ostern Nazis beherbergt hatte, klagte einem sich als Nazi ausgebenden Anrufer sein Leid und verschaffte ihm den Kontakt zu den Organisatoren, was der Initiative die Information verschaffte, daß das Treffen kurzfristig nach Altenberg (Sachsen) verlagert wurde.

Seitdem fahndet die Anti-Antifa nach dem 'Verräter' in den eigenen Reihen und dem Sprecher der Initiative GewerkschafterInnen gegen Rassismus und Faschismus.

Resümee:

Mehr Menschen und Institutionen als man als aktiver Antifa zu glauben geneigt ist, sind bereit, sich gegen Nazismus und Neofaschismus zu wehren. Weniger Antifas, als ich immer wieder zu glauben geneigt bin, sind bereit, sich aktiv an der Verhinderung von Naziaktivitäten zu beteiligen.
(Enrico Malatesta)

Hintergrundinfos zum Freundeskreis,

der sich seit der Wende regelmäßig in Thüringen getroffen hat. Die 'Antifa-Nachrichten Thüringen' berichteten im Vorjahr über das 94er Treffen:

Der Freundeskreis Ulrich von Hutten als Teil der NSDAP

"Adolf Hitlers Kampf galt der Wiederherstellung des Lebensrechtes des deutschen Volkes ... Diesem Ziel hat er mit vollem Einsatz gedient unter Bereitstellung aller genialen Fähigkeiten seiner Persönlichkeit", schrieb BdM-Gau-Unterführerin Lisbeth Grolitsch, Graz, nicht im Jahre 1940 oder 1945, sondern 1989 in der von ihr herausgegebenen Zeitschrift 'Huttenbriefe' 2/1989.
Als Vorsitzende der Vereine **'Freundeskreis Ulrich von Hutten'**, 'Starnberg, **'Notgemeinschaft für Volkstum und Kultur e.V.'**, Villingen-Schwennigen (Geschäftsführer Rechtsanwalt Dr. Huber, München), **'Deutsche Kulturgemeinschaft'** (DKG) führt Grolitsch die verbotene NSDAP lückenlos fort. Ziele, Aktionen und Mitglieder dieser Vereine sind weitgehend identisch.

Die Weiterführung der verbotenen **NSDAP**/alt über **Deutsche Reichspartei** (**DRP**, gegründet Okt. 1946), die von Staufenberg-

Mörder Otto Ernst Remer Okt. 1949 gegründete radikalere **'Sozialistische Reichspartei'** (SRP) und dazu der **'Deutschen Gemeinschaft'** (DG) über das 1959 vom **NS-Dichter Dr. Herbert Böhme** gegründete **'Deutsche(s) Kulturwerk Europäischen Geistes' DKEG,** bis hin zum heutigen **'Freundeskreis Ulrich von Hutten'** läßt sich lückenlos dokumentieren.

Maßgeblichen Anteil an dieser Entwicklung hatte der erheblich vorbestrafte Kriminelle **Otto Ernst Remer,** (verurteilt u.a. wegen Verunglimpfung der Widerstandskämpfer des 20. Juli, 1952, 3 Monate, Disziplinarverfahren und Aberkennung der Pension, dazwischen auf der Flucht wegen drohendem Strafverfahren, Antrag beim Bundesverfassungsgericht auf Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte, 1992 22 Monate ohne Bewährung wegen Volksverhetzung, z.Z. Auslieferung von Spanien beantragt wegen 'Auschwitzgutachten' und zahlreiche andere Verfahren und Verurteilungen). **Remer** ist die Schlüsselfigur für die Vernetzung alter und neuer deutscher Nazis und Rechtsextremer. Die von **Grolitsch** geführten Vereine nehmen dabei eine Schlüsselstellung ein, eine 'legale' deutsche **NSDAP** im Kleinen.
Zahlreiche Mitglieder von **DRP, SRP, DG, DKEG** und der 1964 nach Verbot der **SRP** (1952), **DG** (1953) und Selbstauflösung der **DRP** (1965) aus diesen Gruppierungen hervorgegangenen **NPD** (bei Vorsitzenden Dekkert lassen sich die Strafverfahren und Verurteilungen wegen krimineller Taten kaum noch aufzählen) schreckten auch vor kriminellen Taten nicht zurück und wurden verurteilt (so z.B. 1957 allein **Friedrich Lenz**, 2 Jahre, **Erwin Schönborn**, 8 Monate, **Dr. Fritz Dorls**, 14 Monate).
1977/78 spaltete sich die **'Deutsche Kulturgemeinschaft'** (DKG) von der **DKEG** als radikalerer Flügel ab ohne seine sehr engen Verbindungen und personellen Verflechtungen zu dieser aufzugeben, und nach Gründung der heute mit der **NSDAP/AO** eng verflochtenen **'Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige'**, HNG, unter Führung der **Nazi-Müllers**, Mainz, engen Freunden u.a. von **Rechtsanwalt Rieger**, Hamburg, **Gottfried Küssel**, Österreich (z.Zt. 10 Jahre Haft absitzend wegen Wiederbetätigung für die **NSDAP**) und anderer prominenter Neonazis, gründete **Otto Ernst Remer** im Februar 1982 den **'Freundeskreis Ulrich von Hutten'**. Bereits 1 Jahr später am 1.4.83 ging daraus wieder unter Vorsitz Remers der aus taktischen Gründen scheinbar selbständige Verein **'Deutsche Freiheitsbewegung'** (**DDF**), heute unter dem Vorsitz von **Georg Albert Bosse**, Wolfsburg hervor.

Trotz formaler Unabhängigkeit arbeiten diese und viele weitere der härtesten Neonazigruppen Deutschlands aufs engste zusammen und sind personell vielfältig miteinander verflochten, wie nachfolgendes Beispiel zeigt:
Die **Berliner Vorsitzende der DKG Ursula Schaffer** organisierte 1991 den berüchtigten Neonaziaufmarsch in Halbe (ca. 700 TeilnehmerInnen) zusammen mit **Priem** (**'Wotans Volk'**, kürzlich verurteilt), **JN (NPD)**, **NA** (**Nationale Alternative**, verboten), **Wiking-Jugend** (verboten), **FAP** (verboten), **DA** (verboten), **FMJ** (**'Direkte Aktion Mitteldeutschland'**, Enno Gehrmann, verboten), der **DFF** und deren von **Althans** (zur Zeit vor Gericht wegen Auschwitzlüge) geleiteten und von **Remer** gegründeten Jugendorganisation **'Bismark-Jugend'** sowie weiteren Gruppen des harten Kerns.
Ebenfalls mitgewirkt haben **'Freundeskreis U.-v.-Hutten'** und **DKG** beim Revisionistenkongreß am 21.4.1990 im Münchener Löwenbräukeller zu deren ca. 800 TeilnehmerInnen als Redner u.a. **Irving, Kühnen, Remer, Küssel** und **Stäglich** zählten.
Mit dabei waren Mitglieder der **DKG** beim Fuldaer Aufmarsch, organisiert u.a. vom **'Freundeskreis Erich Zünde'** (Vorsitzender **Althans**), **Nationale Liste Hamburg** (NL, verboten), deren Anführer **Christian Worch** (mehrfach verurteilt) deswegen angeklagt ist, **JN (NPD)**, **FAP**, **Wolfgang Juchem** Vorsitzender der **'Aktion freies Deutschland'** (**AfD**) u.a.
Mitglieder der verbotenen **NF** nahmen regelmäßig an den Tagungen sowohl der **DKRG**, der **DKG** und des **'Freundeskreises U.-v.-Hutten'** als auch an denen des **Thule-Seminars** (**Pierre Krebs**, Kassel) teil, u.a. **Rieger**, **Remer** und **Deckert** waren wechselseitig Referenten. **DKEG-Vorstandsmitglied Herbert Schweiger** war neben **Pierre Krebs** 1992 Referent bei der **NF** des **Meinolf Schönborn**, Detmold, einem engen Freund wiederum von **Rechtsanwalt Rieger**, Hamburg. Engste Verbindungen gibt es auch zu dem mit Haftbefehl gesuchten sich selbst als Nationalsozialisten bezeichnenden Auschwitz-Leugner, **This Christophersen**, der wiederum eng mit Exterrorist **Manfred Roeder**, Schwalmstadt, **Roy Armstrong**, Giserberg, **Ku-Klux-Klan** Vertreter in Hessen, und **Wolfgang Juchem** verbunden ist.

So schließt sich einer der Kreise der engen Vernetzungen der radikalsten und härtesten Neonazisgruppen in Deutschland und Österreich mit ihren zahlreichen weltweiten Verbindungen bis hin zur **NSDAP/AO** des US-Amerikaners **Gerry Lauck** (z.Zt. in Auslieferungshaft in Dänemark), zum **Ku-Klux-Klan**, der spanischen **CEDADE**, der **Front National**, Frankreich, alles in allem eine weltumspannende terroristische kriminelle Vereinigung, die sich unumwunden auch mit der einheitlichen Gesamtbezeichnung **NSDAP** zusammenfassen läßt.

(Die Hintergrundinfos stammen von B.F.)

Tornados statt Tauben
Die adäquate deutsche Form der Sinnstiftung

So ist das nunmal mit Deutschland und seiner Geschichte. Es wird immer wieder von ihr eingeholt. Und sogar Pannen und Zufälle haben dabei ihr Gutes. So sollte doch am 31. August der erste rein militärische Einsatz der bundesdeutschen Krieger in der Nachkriegs(Neu-?)zeit stattfinden, aber leider gab es Probleme mit dem Betanken. So wurde, daß muß sich mensch mal durch den Kopf gehen lassen, der 1. September wieder zum Kriegseintritt Deutschlands. Besser und ehrlicher konnte das Einheitsdeutschland 50 Jahre nach Kriegsende den Beginn des 2. Weltkrieges nicht begehen und "feiern".

Ab heute wird zurückgeschossen!

Damals wie heute möchte offiziell eigentlich keiner Krieg, aber wenn die Bösen (damals Polen, heute Serben) uns nunmal dazu zwingen, zurückzuschlagen, Vergeltung zu üben im Namen der Menschenrechte, der Menschlichkeit. Da müssen wir unserer Verantwortung gerecht werden.
Auch daß wieder die Serben der Hauptfeind sind, ist traditionsnotorisch - vom ersten über den zweiten Weltkrieg bis heute. Manche Völker wird man eben nie los.
Und die ideologische Vorbereitung und geistige Gleichschaltung klappt wie eh und jeh. Sind 1914 die Sozialdemokraten innerhalb kurzer Zeit auf die Seite der nationalen Kriegsführer übergelaufen (bekanntlich war K. Liebknecht der einzige Aufrechte in der SPD-Fraktion), so war es am 30. Juni 1995 eine Bundestagsmehrheit von CDU, SPD-lern und einigen Bürgerbewegten (Bündnis 90/Die Grünen), die für den Kriegseintritt stimmten. Und die deutsche Friedensbewegung? Die hat mit Shell-Boykott und französischen Atomwaffenversuchen alle Hände (ein paar wenige gibt's noch) voll zu tun. Dies ist auch sehr wichtig, aber kaum eine Stimme, eine organisierte Gegenwehr gegen den erneuten Aufstieg Deutschlands zur militärischen Weltmacht.
Als Positivum ist da nur das geschlossene Nein der PDS im Bundestag zu nennen.
War die relative Einhelligkeit (bei einigen nuancierten Unterschieden) bei der politischen Einschätzung des 8. Mai für mich doch zu augenscheinlich die Vorbereitung zum Begehen des 1. September, so wurde diesmal nicht gelabert, es ging gleich zur Sache.
Nicht die Friedenstaube war das entscheidende Symbol des diesjährigen (Anti-) Kriegstages, sondern leibhaftige 'kruppgestählerte' Tornados.

Asor

Termine des Aktionskreises für Frieden e.V. Erfurt

Im Rahmen der ökumenischen Friedensdekade 1995 im Monat November 1995 finden folgende Ausstellungen und Veranstaltungen statt:

☐ Sonntag, 12. 11., 19.30 Uhr, Michaelis-Kirche Erfurt

Eröffnung der Ausstellung **"Der Traum von einem anderen Deutschland"** der Widerstand der "Weißen Rose" (Geschwister Hans und Sophie Scholl) Die Ausstellung ist täglich von 10.00 Uhr bis 12.00 Uhr und 14.00 bis 16.00 Uhr zu sehen. Führungen nach Vorbestellung unter Tel.: 732481
Der Eröffnungsabend wird gestaltet von: Orgel-Kantor W. Geesen. **Es spricht Herr Bernd Kanter, Berlin, Antikriegsmuseum.**

☐ Donnerstag, 16. 11., 19.00 Uhr Kinoklub am Hirschlachufer

Dokumentarfilm: **"Überleben im Terror"** anschließend Gespräch mit Wilhelm Rösing und Prof. Ernst Federn, Wien (dem Produzent Frankfurt/Main)

☐ Dienstag,, 21. 11., 19.30 Uhr, Johannes-Lang-Haus, Allerheiligenstr. 10, Neuer Saal

Dokumentarfilm: **"Buchenwald - aushalten wir kommen"** anschließend Vortrag und Gespräch von und mit Dr. Rook von der Stiftung Gedenkstätte Buchenwald

Du. Mann auf dem Dorfund
Mann in der Stadt.
Wenn sie morgen kommen
und dir den
Gestellungsbefehl bringen,
dann gibt es nur eines:
Sag: NEIN!

Wolfgang Borchert

Ein "gesamtdeutsches" Antifatreffen

Was Pessimisten unter den deutschen Antifas nicht für möglich hielten, nämlich die Herstellung einer gesamtdeutschen Vereinigung von Gegnern alter und neu er Nazis, scheint näher zu rücken. Dafür spricht mindestens die Beratung von VVN-BdA, Interessenverband der Verfolgten des Naziregimes und Bund der Antifaschisten der neuen Bundesländer am 26./27. August 1995 in Hannover.

Bei aller Unterschiedlichkeit in Einschätzungen (z.B. zur Frage der Nation) und bei inhaltlichen Fragen, die ich eigentlich in Vereinigungen unseres Charakters erheblich für normal halte (Rolf Burghardt aus Hamburg sprach von erheblichen inhaltlichen Unterschieden, konnte sie aber bei Nachfrage nicht benennen), stand das Gemeinsame im Vordergrund und prägte die Tagung.
Einig waren sich alle darin, daß solch eine Zusammenkunft längst überfällig war und daß es nun gilt, den organisierten Antifaschismus in Deutschland zusammenzuführen.

Mein Vorschlag, mit einer gemeinsamen Antifa-Zeitung dafür den Grundstein zu legen, erwies sich als noch nicht mehrheitsfähig. Das muß sicherlich auch längerfristig angegangen werden.

Vereinbart wurde: Wir müssen als nächstes unsere Koordination verstärken und als neue Stufe einen gemeinsamen Info-Dienst auf den Weg bringen.

Ich hoffe, daß Peter Gingold recht hat und wir bis 1997 - dem 50. Jahrestag der Gründung der VVN - eine einheitliche Organisation haben.

HeiKo



Gewissen läßt sich nicht einfach abschieben!

Veranstaltungen zum vierten Ratschlag:

1. November

19 Uhr, Johannes Lang Haus, Erfurt, Allerheiligenstrasse

Wer hat Angst vor dem Deserteur?

Politisches Kabarett mit

Martin Buchholz Berlin

Kostenbeitrag 15,- DM

3. November

18 Uhr, Haus Dacheröden, Erfurt

Streitgespräch

Gesprächspartner: Ludwig Baumann, Vors. Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz; Dr. Bernd Boll, Freiburg, Mitarbeiter an der Ausstellung "Verbrechen d. Wehrmacht 1941/44" ISF Hamburg; Heiko Gentzel, MdL, parlamentarischer Geschäftsführer d. SPD Landtagsfraktion; Katrin Göring-Ekhardt, Bündnis 90/Grüne; Steffen Dittes, MdL PDS/LL; Bundeswehr (abgesagt); Jörg Schwäblein Fraktionsvors. CDU im Thüringer Landtag (angefragt). Moderation: Prof. Siegfried Wolf

Deserteure, Helden oder Feiglinge?

Wer hat Angst vor dem DenkMal für den unbekannten Wehrmachtsdeserteur?

NOVEMBER 9

UNITED

INTERNATIONAL DAY AGAINST FASCISM AND ANTISEMITISM

Ich will Freunde haben
so verläßlich
wie meine Feinde
Und Feinde
so unbeholfen
wie viele Genossen

Und Arbeiter
die vom Kampf so viel verstehen
wie ihre Arbeitgeber

Brüder (und Schwestern)
das wäre der Sieg!

Erich Fried

Bestellung der ThAN

Name: ______________________

Strasse: ______________________

PLZ/Ort: ______________________

Tel.: __________ Initiative: __________

Anzahl ..... zu DM 1,50 / Ausgabe

____
Unterschrift

Diese Zeitung finanziert sich aus Spenden. Deshalb, wer ein Exemplar oder mehrere haben möchte, kann bei der Redaktion bestellen und spenden. Unkostenbeitrag 1,50 DM plus Portogebühren.

Spendenkonto: Kennwort ThAN, BfG AG Erfurt, 2371243701

Red.: Thüringer Antifa Nachrichten; Joseph Grüne, Eislebenerstr.3, 99086 Erfurt; Tel.: 0361 659980 (10.10.95)
Namentlich gekennzeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion. Für die Inhalte namentlich gekennzeichneter Artikel haftet der/die AutorIn.